Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 6500,— M., durch die Post bezogen monatlich 6500,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2800,— M. Einzelnummer 300,— M. Sonnabendnummer 400,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 700,— M., auswärts 800,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 3000,— M., auswärts 3500,—, Ausland 8500 u. 12000 M. Bei mehrmalig. Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 300 M.

Nr. 148 | Dresden, Donnerstag den 28. Juni 1923 | 34. Jahrg.

Zwei Peiniger

Poincaré und Knilling, die Zerstörer der deutschen Einheit

Ministerpräsident Knilling, der im Nebenamt auch bayerischer Minister des Aeußern ist, hielt am Mittwoch zu Beginn der Etatsberatung seines Nebenressorts im bayerischen Landtag eine lange Rede. Knilling fühlte sich dabei völlig in der Rolle eines deutschen Außenministers. Nur wenige seiner Aeußerungen erinnerten daran, daß er lediglich Kollege der vielen Länderminister des Reiches ist. Nach den andauernden Versuchen Frankreichs, mit käuflichen Separatisten oder mit andern Umtrieben von Bayern aus eine Zertrümmerung des Reiches herbeizuführen, hielt Knilling offenbar für notwendig, eine Abwehrrede gegen Frankreich zu halten, um das gesunkene Ansehen Bayerns zu heben. Er wandte sich dabei vor allem gegen die historische Rheinpolitik Frankreichs, wie sie sich heute wieder an Rhein und Ruhr dokumentiert. Dann berührte Knilling seine Stellung zur Regierung Cuno. Er bestätigte, daß er zu der Note vom 2. Mai in der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin ernste Bedenken geäußert habe, ob der Schritt irgendwelchen Erfolg erhoffen lasse oder ob er nicht vielmehr ähnlich zu unsern Ungunsten ausschlagen könne wie der verhängnisvolle der Resolution vom Juli 1917. Nach seiner Ansicht wäre es vorzuziehen gewesen, wenn der Reichskanzler in einer Rede im Reichstag versucht haben würde, den Faden internationaler Erörterungen weiterzuspinnen, als der britische Außenminister im Oberhaus am 16. April die Mache hatte. Knilling fährt dann fort: „Diese Meinungsverschiedenheit mit Cuno bedeutet aber keineswegs eine Abkehr der bayerischen Regierung von der Reichsregierung. Bayern muß es als sein gutes Recht ansehen, in einem einzelnen Fall, zumal in einer für das Reich so folgenschweren Frage, seine abweichende Meinung gegenüber der Reichsregierung zu vertreten." Zum Schluß sprach er der Regierung Cuno sein Vertrauen aus — was für Cuno eher peinlich denn angenehm sein müßte — und forderte von der Reichsregierung einen Feldzug gegen die Schuldlüge. Die Schuld am Weltkriege trügen Rußland und Frankreich; Deutschland sei unschuldig.

In der Aussprache nahm für die Sozialdemokratie Genosse Dill das Wort zur Abrechnung mit der bayerischen Reaktion und begründete die Ablehnung des Etats des Ministerpräsidenten durch die Sozialdemokratie. Diese Rede verdient über die blauweißen Grenzpfähle hinaus beachtet zu werden. Dill führte u. a. aus:

„Versuchte Herr Lerchenfeld zwischen den Minen, die in der Ordnungszelle Bayern seit der Zeit v. Kahrs gelegt sind, mühselig hindurchzuschwimmen, so ist der jetzige Ministerpräsident kurz nach seinem Amtsantritt zu den vaterländischen Verbänden hinübergegangen, zu jener Sammlung der Tatföderalisten, Monarchisten und politischen Abenteurer, die aus dem bekannten Ordnungsblock herausgewachsen sind. Diese Verbände, vor allem die sogenannten Kampfverbände, sind ein Sammelbecken aller jener Unzufriedenen, die die heutige Staatsform beseitigen wollen. In aller Offenheit nehmen sie gegen den Staat Stellung durch Verbindung mit den Nationalsozialen. Ihr Bestreben ist nicht auf die Erhaltung der Staatsordnung gerichtet, sondern geht vielmehr dahin, in die heutige Staatsmaschinerie Unordnung zu bringen, um bei der herrschenden Unordnung **ihre politischen Geschäfte** zu machen. Die Firma ist in Wirklichkeit eine grobe Täuschung der Oeffentlichkeit, und darum sind die Huldigungen, die der Ministerpräsident Knilling diesen Verbänden darbrachte, für die freiorganisierte Arbeiterschaft wie für alle ehrlichen Demokraten und Republikaner in Deutschland ein direkter Faustschlag ins Gesicht. An dem Tage, als das französische Militär ins Ruhrgebiet einmarschierte, klebte an den Plakatsäulen Münchens ein Aufruf der Nationalsozialen:

Unser Kampf gilt nicht den Franzosen, sondern den Novemberverbrechern. Nieder mit ihnen!

Genosse Dill zählte dann all die behördlichen Maßnahmen und Rechtsbeugungen der jüngsten Zeit gegen die Sozialdemokratie auf und fuhr dann fort: Durch diese und andre Vorgänge ist erwiesen, daß sich die Staatsgewalt vor die bewaffneten Geheimbünde stellt und sie schützt. Ich bin deshalb beauftragt, im Namen meiner Fraktion hier zu erklären, daß die Sozialdemokratie in Bayern — und dazu gehört auch die Pfalz — heute zwei Peiniger hat, nämlich die französische brutale Militärgewalt im besetzten Gebiet und die bayerische Regierung Knilling. Die Sozialdemokratie hat die feste Zuversicht, daß sie beide überdauert. Inwieweit die Kräfte, die sich gegen die republikanischen Einheitsstaaten wehren, in München entwickelt sind, zeigt in erschreckender Deutlichkeit der Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus. Wenn ein namhafter bayerischer Politiker, Dr. Heim, im Mai 1919 mit einem französischen General über die Lostrennung Bayerns vom Reich verhandelte, einen süddeutschen Staatenbund einschließlich Oesterreich unter dem wirtschaftlichen Protektorat der Entente vorschlug, so wären die Franzosen politische Esel, wenn sie nicht versuchten, dort einzusetzen, wo der verwundbarste Punkt der Reichseinheit ist. Wir wissen, daß die Leidensgenossen an Rhein und Ruhr zugleich für uns mitringen,

für das einige, für das große Deutschland.

Und darum fühlen wir uns in Bayern doppelt und dreifach verpflichtet, mit aller Kraft, mit aller unsrer Hingebung, trotz allen politischen Schikanen und Verfolgungen alle Angriffe gegen die Reichseinheit mit aller Energie abzuwehren, alle geheimen und dunklen Machenschaften aufzudecken, **mögen wir auch unsre Existenz und unser Leben gegen diese nationalaktiven Mordbuben aufs Spiel setzen! Das ist das Gelöbnis**, das wir unsern kämpfenden Genossen an Rhein und Ruhr in dieser Stunde ablegen, unbekümmert darum, ob Herr Knilling fähig ist, in Bayern Ordnung zu schaffen oder nicht. Im Namen der sozialistischen Arbeiter am Rhein und an der Ruhr erkläre ich, daß diese den Haß nicht kennen und daß sie Grüße entsenden den arbeitenden Sozialisten des wahren demokratischen Frankreichs, das noch vorhanden ist, wenn es auch durch militärischen Druck niedergehalten wird. Die bayerische Regierung kennt auch jetzt keine Volksgemeinschaft mit der sozialistischen Arbeiterschaft, sondern sie traktiert die sozialistische Arbeiterschaft

mit Ausnahmegesetzen und politischen Schikanen

schlimmer als unter dem berüchtigten Sozialistengesetz. Der passive Widerstand darf in München täglich auf das gröblichste verunglimpft werden. Das Widerlichste ist, daß man in Bayern eine politische Begriffsbestimmung geprägt hat, die man in keinem andern deutschen Lande kennt. In Bayern ist ein vaterländischer Ordnungsmann der, der die Verfassung des Reiches beseitigen will, die Reichsregierung lästert und die Symbole des Reiches in den Kot zieht. Man sagt hier vaterländisch und versteht darunter monarchisch. Man nennt sich positiv christlich und fordert die Austilgung der Andersdenkenden!

Radek und Schlageter

Rechts von der Sozialdemokratie ist der vom französischen Militarismus gemordete Faschist Schlageter zum Propagandatoten erhoben worden. Die sozialistische Arbeiterschaft lehnt es ab, sich Bandenführer und Landsknechtsnaturen ohne weiteres als nationale Helden servieren zu lassen, wenn sie bei der Ausübung ihres Berufes ums Leben gekommen sind. Aber der bürgerlichen Presse ist zur Unterstützung ihres Schlageter-Kultus über Nacht ein Kronzeuge erstanden, auf den sie sich künftig berufen kann. Karl Radek nämlich, der heute dafür ist, zu zersplittern, was zusammengehört, und morgen meint, man könne zusammenbringen, was sich zu einander verhält wie Feuer und Wasser — der große Wortjongleur Karl Radek hat in Moskau am 20. Juni in der Sitzung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale eine Rede gehalten, die sich stellenweise ausnimmt wie die Rede eines nationalen Sonntagspredigers an der Bahre eines gefallenen Faschisten. Radek hat vor der Moskauer Exekutive Leo Schlageter gefeiert als einen „Wanderer ins Nichts", als einen Mann, der für seine Sache gefallen und darum auch von den Kommunisten zu ehren sei. Wir geben hier einige Stellen wieder, um zu zeigen, welches Durcheinanderwirbeln in bolschewistischen Köpfen denkbar ist:

Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden. Der Weg der Todesgefahr, den er wählte, spricht und zeugt für ihn, sagt, daß er überzeugt war, dem deutschen Volke zu dienen. Aber Schlageter glaubte, daß er am besten dem Volke dient, wenn er hilft, die Herrschaft der Klassen aufzurichten, die bisher das deutsche Volk geführt und in dieses namenlose Unglück gebracht haben. Schlageter sah in der Arbeiterklasse den Pöbel, der regiert.

Schlageter ist tot. Er kann die Frage nicht beantworten. An seinem Grabe haben seine Kampfgenossen die Fortführung seines Kampfes geschworen. Sie müssen antworten: gegen wen, an wessen Seite?

Zum Schlusse seiner Rede hebt Radek den Gedanken des Zusammengehens der deutschen Nationalisten mit der sozialistischen Masse vom Rhein bis Moskau schärfer hervor und ruft begeistert aus:

. . . wir glauben, daß die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden. Wir werden alles tun, daß Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, daß sie ihr heißes, uneigennütziges Blut nicht verspritzen, um die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern um die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

Die kommunistischen Blätter bringen Radeks Rede und verzeichnen am Schlusse den Beifall der erweiterten Exekutive, denn was Radek hier verkündet, das sind ja die bekannten Gedanken des Nationalbolschewismus. Kommt her, ihr Faschisten aller bedrückten Länder, und helft Rußland im Kampfe gegen die Entente, so ungefähr ruft Radek, wie vor Jahren schon der nationalistische Professor Eltzbacher im Tag das Zusammengehen zwischen Nationalisten und Kommunisten gegen denselben Gegner predigte. Richtig ist, daß viele derer, die heute hinter der faschistischen Fahne herlärmen, ihren Klasseninteressen nach ins sozialistische Lager gehören. Aber in welch ideologischem Brei militaristischer Denkart steckt dieser an sich richtige Gedanke, der erheblich älter ist als Radek selbst!

Welch militaristischer Gedanke, wenn Radek diesen Schlageter schon deswegen feiert, weil er ein „mutiger Soldat der Konterrevolution" war, weil sich sein Erdenwandeln auf der „Bahn der Todesgefahr" bewegte. Waren die Landsknechte des Mittelalters, die für diese oder jene Sache mit dem Schwert in der Hand Partei ergriffen, deswegen schon Helden, weil sie die Schlachtfelder Europas zu Hunderttausenden bedeckten? Es lohnt sich nicht, gegen diese Verwirrung der Begriffe breit zu polemisieren. Dieses Durcheinander beweist nur, wie sehr die Anbeter der Gewalt einander seelisch verwandt sind. Schlageter und Radek, Faschisten und Kommunisten — sie können sich hüben wie drüben den Sieg ihrer Sache durch geistige Waffen allein nicht denken. Der Sieg ihrer Ideen ist ihnen ohne ausgiebige Mitwirkung von Dolch, Revolver, Handgranate, Maschinengewehr und allen schönen Errungenschaften der militaristischen Neuzeit nicht gut vorstellbar. Oder sollten wir uns irren? Sollte ein Teil der kommunistischen Arbeiter im Laufe der Jahre doch klug geworden sein, sollten sie eine solche Vermengung des sozialistischen und des faschistisch-militaristischen Heldenideals doch ablehnen?! Wir wollen es hoffen, daß mit uns auch mancher kommunistische Arbeiter den Kopf schüttelt über diese Rede eines ihrer Führer, vor dem ein Freiherr von Medem, der frühere Kommandeur Schlageters, in einer Schlageter-Gedächtnisfeier in Hannover seine Verbeugung machte, indem er sagte:

Heute morgen veröffentlichte die Rote Fahne in Berlin eine Rede, die der russische Kommunist Radek über Schlageter gehalten hat. Unsre sozialdemokratischen Journalisten, die es fertig gebracht haben, spaltenlange Beschimpfungen über den Tod Schlageters zu veröffentlichen, müssen vor Scham erröten, wenn sie lesen, mit welcher Ehrfurcht dieser kommunistische Russe von Schlageter spricht.

Wenn auch manche kommunistische Arbeiter angesichts dieser Seelenverwandtschaft von Faschismus und bolsche-

Immer neue Opfer

Elberfeld, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das brakonische Regiment der Franzosen und Belgier im Ruhrgebiet hat in den vergangenen Tagen noch mehr Opfer gefordert, als bisher bekannt geworden ist. In Gladbeck wurde am 24. Juni ein harmloser Flickschuster des Horster Krankenhauses erschossen; am 25. Juni mußte ein Mann, der harmlos die Straße der gleichen Stadt passierte, das Leben lassen. Ferner wurde eine Frau bei der Gartenarbeit so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb. Am Mittwoch wurde in Horst vor dem Amtshause ein Bote der Zeche Nordstern nach vorausgegangenem Wortwechsel mit einem belgischen Soldaten ebenfalls erschossen.

Die Versorgung des Industriegebietes mit Kartoffeln läßt trotz des teilweise wieder aufgenommenen Eisenbahnverkehrs äußerst viel zu wünschen übrig. Stellenweise sind Kartoffeln überhaupt nicht zu haben. In Duisburg haben die Belgier alle Kartoffelvorräte beschlagnahmt.

Essen, 27. Juni. Nach einer Meldung der Rheinisch-westfälischen Zeitung aus Buer wurde gestern mittag im alten Amtshause auf der Treppe zur Sparkasse der Bochenbote Prinzen von einem belgischen Offizier erschossen. Prinzen war zuerst vom Offizier gestoßen worden und soll sich das energisch verbeten haben. Prinzen ist Schwerkriegsbeschädigter und Vater von fünf Kindern.

Köln, 27. Juni. Wie der Kölner Zeitung aus Buer berichtet wird, ist außer den bereits genannten Personen auch der Sohn des Steigers Werner vorgestern von französischen Soldaten erschossen worden. Die Zahl der Getöteten stellt sich viel höher, als ursprünglich angegeben wurde.

Essen, 27. Juni. Heute nachmittag gegen 2 Uhr wurde auf der Alfredstraße der Diplomingenieur Beutsbrück von einem in rasender Fahrt befindlichen Kraftwagen der Besatzungstruppen überfahren und getötet.

Höchst a. M., 27. Juni. Der Bürgermeister von Höchst wurde heute von den Franzosen verhaftet und nach Wiesbaden transportiert. Dasselbe Schicksal ereilte den Bürgermeister von Ried. Der französische Kreisdelegierte von Höchst hat den Grenzverkehr zwischen 8 Uhr abends und 5½ Uhr früh aufs strengste eingeschränkt. Man vermutet, daß diese Maßnahme im Zusammenhang mit dem Bombenattentat in Wiesbaden steht.

*

Neue Massenausweisungen

Frankfurt, 27. Juni. Aus Mainz und Umgebung sowie aus Bingerbrück, Bacherach, St. Goar, Boppard und Oberlahnstein sind neuerdings wieder 139 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen worden. Die Möbel mußten sie zurücklassen. Es wird damit gerechnet, daß Limburg in den nächsten Tagen offiziell besetzt werden wird.

Essen, 27. Juni. Die Zahl der von der Massenausweisung betroffenen Eisenbahnerfamilien in Duisburg hat sich erhöht. Heute früh 9 Uhr haben 285 Eisenbahner mit Familien vom Duisburger Hauptbahnhof die Fahrt ins unbesetzte Gebiet antreten müssen. Ihr Mobiliar mußten sie in ihrer Wohnung zurücklassen.

Nach andern Meldungen aus dem besetzten Gebiet haben die Franzosen jetzt aus Rheinhessen neuerdings 1500 Eisenbahner in einem Gesamtbefehl ausgewiesen. Es handelt sich fast durchweg um Familienväter, so daß von dieser Ausweisung insgesamt etwa 6000 Personen betroffen werden. Vor einigen Tagen wies der Oberbürgermeister Jarres darauf hin, daß insgesamt schon 160 000 Deutsche aus dem Rhein- und Ruhrgebiet ausgewiesen worden sind.

*

Sie verhindern die Markstabilisierung

Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission unter Vorsitz des Oberkommissars Tirard beschlossen, die Anwendung der Reichsverordnungen vom 22. Juni und 8. Mai 1923 betr. die Spekulation in ausländischen Devisen im besetzten Gebiete nicht zuzulassen, da sie der Kommission nicht in der von ihr angeordneten Form vorgelegt worden seien

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230628/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wistischen Militarismus noch immer nicht stutzig werden sollten, so können wir von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sagen, daß man eher einen Walfisch mit der Angel fängt, als daß man einen Sozialdemokraten für dieses Denken der Blutrünstigkeit und Kriegsverranntheit, wie sie sich in den Reihen der K. P. D. noch immer breit macht, je begeistern könnte.

Ausführungsbestimmungen zur Devisenordnung

Berlin, 27. Juni. Zur Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurse sind zunächst folgende Ausführungsbestimmungen unter dem 26. d. M. ergangen:

§ 1. In Fällen, in denen für ausländische Zahlungsmittel amtliche Kurse nicht notiert werden, können im Bedarfsfalle in der Presse regelmäßig Preise veröffentlicht werden, die von einem Ausschuß der Berliner Bedingungsgemeinschaften für den Wertpapierverkehr ermittelt werden. Die Preise treten für Geschäfte in solchen Zahlungsmitteln an die Stelle der amtlichen Kurse im Sinne des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Juni. Die veröffentlichten Preise gelten bei Abschlüssen in diesen Zahlungsmitteln als Höchst- und Mindestpreise.

§ 2. Ausländische Banknoten können auch über den in § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Juni d. J. festgesetzten Höchstbetrag hinaus von Devisenbanken und Wechselstuben zu einem Preise unterhalb der letzten amtlichen Kurse oder der nach § 1 ermittelten Preise erworben werden.

§ 3. Die Vorschriften der Verordnung finden auf Geschäfte, die mit der Devisenbeschaffungsstelle abgeschlossen werden, keine Anwendung.

Die in § 1 erwähnte Berliner Bedingungsgemeinschaft für den Einzelverkehr ist eine ganz neue Einrichtung, die eben erst gebildet worden ist. Diese wird zunächst ihren Sitz bei der Diskonto-Gesellschaft haben.

•

Beckers Ermahnungen

Berlin, 27. Juni. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker richtete an den Reichsverband der deutschen Industrie, den Zentralverband des deutschen Großhandels, den Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und den Deutschen Industrie- und Handelstag folgenden Mahnruf: Die Devisenpolitik der Reichsregierung kann nur dann Erfolg haben, wenn die industriellen Betriebe und Handelsfirmen sich der ihren Anforderungen an den Devisenmarkt, insbesondere zwecks Einkaufs ausländischer Rohstoffe und Waren, die allergrößte Einschränkung auferlegen. In den Erörterungen über unsre Devisenlage kehrt auch immer die Behauptung wieder, daß sowohl die Rohstoffe und Warenlager wie die Devisenbestände bei vielen Firmen über das unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. **Solche Bestände jetzt für unsre Währungswirtschaft nutzbar zu machen, ist vaterländische Pflicht**, angesichts der schweren Gefahren, die Reich und Wirtschaft bedrohen, wenn dem Verfall der deutschen Währung nicht Einhalt geboten werden kann. Ich richte an alle Kreise der deutschen Wirtschaft das dringende Ersuchen, die Reichsregierung nicht nur durch peinliche Befolgung der von ihr erlassenen Vorschriften, sondern auch durch freiwillige, verständnisvolle Mitarbeit zu unterstützen. Die wirtschaftlichen Kreise werden sich bei ihren geschäftlichen Maßnahmen, die irgend auf den Stand der Reichsmark Einfluß ausüben können, Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob ihre Geschäfte dieser Art sachlich und zeitlich von solcher Dringlichkeit sind, daß ihre Durchführung im Zeitpunkt der Währungsnot gegenüber der deutschen Gemeinwirtschaft verantwortet werden kann. Ich würde es mit Dank anerkennen, wenn die maßgebenden Spitzenverbände in diesem Sinne auf ihre Mitglieder nachdrücklich einwirken würden.

•

Wir fürchten, das gute Zureden des Herrn Becker wird nicht allzuviel nützen. Die Devisenhamsterer werden sich hüten, freiwillig ihre Bestände herauszugeben.

Was das W. T. B. unterschlägt

Die Verhandlungen innerhalb der Ententemächte sind jetzt endgültig ins Stocken geraten, weil man zunächst die Lösung der Regierungskrise in Belgien abwarten will. Das bedeutet für Deutschland Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes an der Ruhr, dessen Beendigung die Voraussetzung dafür ist, daß auch in den unbesetzten deutschen Gebietsteilen die schwierigen wirtschaftlichen Probleme eine Lösung finden.

Wir haben immer gefordert, daß die Reichsregierung das Notwendige tut, um schnell eine Lösung herbeizuführen. Innerlich scheint sie jetzt auch davon überzeugt zu sein, daß mehr Aktivität und Verständigungsgeneigtheit notwendig ist, um eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes an der Ruhr herbeizuführen. Das geht wenigstens aus einem Teil der Königsberger Rede des Reichskanzlers hervor. Gerade dieser Teil ist aber von dem amtlichen Wolffbureau abgeändert wiedergegeben worden. Nach einem Bericht der Telegraphen-Union hat Cuno in Königsberg sich viel verständnisreicherer Worte bedient, als aus dem amtlichen Bericht, der durch W. T. B. verbreitet wurde, hervorgeht. Der amtliche Bericht unterschlägt ganze Partien.

Daß sich die amtliche Pressestelle getreu der zu Anfang der Ruhrokkupation von der Regierung betriebenen Politik immer in einer sonderbaren Zweideutigkeit wohlgefühlt hat, ist allgemein bekannt. Wie sie aber wichtige Partien einer Rede unterschlagen oder vollkommen umändern kann, bleibt uns unverständlich. In Wirklichkeit entspricht der von der Telegraphen-Union verbreitete Bericht den Ausführungen des Reichskanzlers, während der des W. T. B. an wesentlichen Stellen unrichtig ist. — Mit gutem Recht verlangt der Reichskanzler in seinen Reden immer wieder Vertrauen des Auslandes! Bei den Methoden seiner Presseabteilung braucht man sich wirklich nicht mehr zu wundern, wenn diese Bitten erfolglos bleiben und immer wiederholt werden müssen.

Das Streikrecht in Amerika

Chicago Tribune meldet aus Washington: Auf die Nachricht, daß zwischen den Bergarbeiterverbänden der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und andrer Länder eine Vereinbarung zustande gekommen sei, daß im Falle eines Streiks in Amerika keine Kohle zur Verschiffung dorthin gelangen solle, erklärte der Generalstaatsanwalt, daß er die Annullierung der Konvention herbeiführen werde, wenn sie die Kohlenversorgung zwischen einzelnen Staaten der Union beeinträchtige. Der Generalstaatsanwalt hat den Vorsitzenden der Kohlenkommission beauftragt, eine Untersuchung der Angelegenheit vorzunehmen. Wenn sich die Nachricht von dem Bergarbeiterabkommen als wahr erweise, verspreche er, prompt und kräftig einzugreifen.

Die neueste Parole der Kommunistischen Internationale

Moskau, 18. Juni.

Die gegenwärtige Tagung der erweiterten Exekutive der 3. Internationale in Moskau verspricht eine wichtige Etappe in der Entwicklung der kommunistischen Taktik zu bilden. Im Namen der geschäftsführenden Exekutive setzte sich Sinowjew für einen völligen Bruch mit der „verfluchten Vergangenheit" ein. Die bisherige Parole der 3. Internationale, der Kampf für die Einsetzung von „Arbeiterregierungen", soll durch die Parole „Arbeiter- und Bauernregierungen" ersetzt werden. Mit Berufung auf die Verhältnisse in Amerika, Polen, Frankreich und Deutschland, namentlich in Ostpreußen, führte Sinowjew aus, nur das Zusammengehen des Proletariats mit den Bauern könne den Sieg der sozialen Revolution beschleunigen oder überhaupt erst möglich machen. Dem Proletariat soll dabei die Führerschaft vorbehalten bleiben. Aber die Mißachtung der Bauernschaft durch die kommunistischen Parteien sei ein Fehler und stelle eine Nachwirkung der sozialdemokratischen Ideologie der 2. Internationale dar. Die Kommunistische Partei Deutschlands habe einen äußerst schweren Fehler begangen, als sie es zuließ, daß die S.P.D. ihr mit einem Gesetzantrag auf dem Gebiete der Bodenreform zuvorkam; ebenso fehlerhaft sei die Passivität in Sachsen in dieser Frage. Die neue Parole berge freilich die Gefahr in sich, daß der Klassencharakter der kommunistischen Parteien verwischt werden könnte. Dem müsse von vornherein vorgebeugt werden und der Bestand der kommunistischen Parteien müsse nach wie vor streng proletarisch bleiben. Auch bedeute die neue Taktik keine Preisgabe der Diktatur des Proletariats, sondern ein Mittel zu ihrer Errichtung. Es gelte für die andern kommunistischen Parteien, wie es die Russische Kommunistische Partei in ihrer Staatspraxis tue, geschickt und elastisch zu manövrieren. Die russischen Erfahrungen in bezug auf die notwendige Berücksichtigung der Interessen der Bauernschaft haben internationale Bedeutung. Sinowjew gab indessen zu, daß die neue Parole für die gegenwärtige Tagung unerwartet komme und Zweifel erregen könne, und stellte anheim, die Beschlußfassung eventuell auf eine spätere Tagung zu verlegen.

Herr Cuno schweigt!

Die „Manöver der Reichswehr" . . .

Herr Cuno schweigt immer noch! Scheinbar gibt er auf die Erklärungen Graefes, der natürlich von der Mordfeme in Mecklenburg wieder nichts gewußt hat und die Beschuldigungen gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei als „verbrecherische Unterstellung" bezeichnet, mehr, als auf die in jeder Beziehung auf Wahrheit beruhenden von uns veröffentlichten Mitteilungen über die Mordtat. Herr Cuno schweigt, trotzdem feststeht, daß sämtliche Angehörigen der Mordfeme Mitglieder der Deutschvölkischen Organisation sind und obwohl auch er sich langsam davon überzeugen mußte, daß der Kampf des preußischen Innenministers gegen die Partei der Graefe und Wulle aus Staatsinteresse diktiert wurde und gerade deshalb der Unterstützung der Reichsregierung bedarf. Auch die neuerdings in Schlesien gegen die streikenden Landarbeiter auftretenden Selbstschutzorganisationen, die mit Pistolen, Totschlägern und dergleichen seit langem bewaffnet sind, hören den Reichskanzler in seiner Zurückhaltung nicht. Sein Blick ist zu kurzsichtig, um zu erkennen, daß der Bestand des Reiches durch die unter seiner stillschweigenden Duldung groß gewordenen Mordbrenner bedroht ist, daß wir dem Bürgerkrieg nahe sind, wenn nicht endlich auch von Reichs wegen gegen das Mordsystem der Deutschvölkischen eingeschritten wird. Wie planmäßig diese Horden auf den gewaltsamen Umsturz und die Rache an den Novemberverbrechern hinarbeiten, beweist auch ein Brief, den unsre Parteigenossen in Göttingen auf dem Bahnhof gefunden haben und der an einen Marburger Studenten gerichtet war. In diesem Brief heißt es u. a.:

„. . . . aber ich muß wahrscheinlich das Manöver der Reichswehr in Süddeutschland mitmachen. Da staunst Du, nicht wahr? Aber es ist streng geheim. Bei uns werden nämlich alle Studiker militärisch ausgebildet, und wir Kriegsteilnehmer müssen höchstwahrscheinlich diese Erholungsreise nach Süddeutschland, Gegend von Ulm, mitmachen."

Das alles will Herr Cuno nicht sehen! Er fühlt sich wohl in der Passivität nach innen und nach außen. Das muß seine guten Gründe haben, und man darf sich in der Wilhelmstraße nicht wundern, wenn das Mißtrauen gegen diese Regierung innerhalb der Arbeiterschaft immer größer wird. Mit gutem Recht sagt sich ein großer Teil unsrer Bevölkerung, daß die Zurückhaltung des Reichskanzlers zu allen innenpolitischen Fragen, insbesondere zu der Mordbrennerei der Deutschvölkischen, nicht von nichts und wieder nichts kommt! Die Zurückhaltung wird jetzt schon allgemein als Beweis dafür angesehen, daß Herr Cuno von einem Teil der im Ruhrgebiet verübten deutschvölkischen Missetaten unterrichtet war und er zur Vermeidung eines innerpolitischen Skandals, den seine Freunde von ehedem bei einem Durchgreifen der Reichsregierung gegen die Mordbrenner durch die viel angedrohten „Enthüllungen" hervorrufen würden, schweigt! Ist diese Vermutung richtig, Herr Cuno? Trifft es zu, daß gewisse „Nationalhelden" der Rechtsradikalen in engster Verbindung mit bestimmten Reichsstellen gearbeitet haben?

Es ist an der Zeit, daß öffentlich eine klare Antwort erfolgt und die Zurückhaltung der Reichsregierung zu den gegenwärtig akuten innerpolitischen Fragen begründet wird. Solange das nicht geschieht, kann uns niemand das Recht verwehren, Vermutungen zu hegen, die sich immerhin auf bestimmte Unterlagen stützen.

•

Die wackere Staatsanwaltschaft

Schwerin, 27. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die eigenartige Leitung der Voruntersuchung in der Mordangelegenheit Kadow durch den Untersuchungsrichter hat den Innenminister der mecklenburgischen Regierung veranlaßt, von sich aus die Verhaftung der in dringendem Verdacht der Mitwissenschaft stehenden Oberleutnant Fricke, Oberleutnant v. Lewis und Rittergutsbesitzer Schüttkens von Gut Neuhof anzuordnen. Die mecklenburgische Staatsanwaltschaft hat es bisher unterlassen, trotz dem vorliegenden Material, das die genannten Personen schwer belastet, einen Haftbefehl gegen sie zu erlassen.

Leben • Wissen • Kunst

Dresdner Künstlervereinigung (Lennéstraße)

I. Die Kollektionen

Pa. Gegen 50 Aussteller sind mit 175 Werken der Oelmalerei und Graphik und mit 41 Plastiken vertreten. Drei jüngeren Leuten — Felix Müller, Böcktiegel und Bernhard Kretzschmar — sind diesmal Kollektionen zugebilligt worden, was sehr zu begrüßen ist. Der künstlerische Mittelpunkt, die „Attraktion", ist Lovis Corinth.

Daß Corinth immer noch ein großer Maler ist, ist bekannt. Das Bewundernswerte ist, daß er trotz seiner schweren Krankheit, d. h. trotz seinen wiederholten Schlaganfällen, doch noch körperlich und geistig so frisch ist. Sein Selbstbildnis ist beinahe erschreckend in der Deutlichkeit, mit der er die Veränderungen seines Aeußeren durch die Krankheit wiedergibt. Sein Blick ist verglast, entgeistert, wie noch nicht ganz zur Besinnung gekommen. Die Schlaganfälle zeigen sich hier mit einer unheimlichen Schärfe. Man kann die Nachwehen einer schweren Krankheit kaum meisterhafter malen. Nur schade, daß er bei diesem genialen Kopf dann wieder Arm und Bein so lieblos gearbeitet stehen läßt. Dabei ist das Porträt still, bescheiden, zurückhaltend, in seiner Geistigkeit das glatte Gegenteil zu den üppigen, sinnlich erfaßten, fleischernen Akten. Corinth ist ja unzweifelhaft der beste Akmaler unsrer Tage. Diese allen Reflexionen, aller sogenannten Geistigkeit, allen Programmen ferne Sinnlichkeit — verwandt der des großen Flamen Rubens — ist von so erstaunlicher Durchschlagskraft, daß sie selbst in den Blumen seiner Stilleben, in den Porträts, in den Landschaften nachzittert. Man kann es schwer fassen, daß der Mann, der so körperlich kitt, eine so blühend frische Landschaft wie den großen Walchensee malt, eine Landschaft, die als ein jugendstarkes Werk eines großen Könners erscheint. Corinths Hand, die so zittrig ist, daß eine Unterschrift in die nasse Farbe gekritzelt kaum lesbar ist, ist fest und klar, wenn sie den Pinsel führt. Und neben diesen Arbeiten wieder die allerdings frühe Kreuzigung. Dieser Christus ist nicht der Weltenumformer — auch in diesem Mangel ist Corinth er selber —, sondern ein Mensch, aber grausig groß, ist der verzerrte Körper, der im Schmerz das noch freie Bein um den Hals des Henkers schlingen will, und das in der Verkürzung gezeichnete verzerrte Gesicht mit der Träne, von dem man nicht weiß, ob noch der Schmerz aber schon das Lachen des Wahnsinns es formt. Daneben der blöde, neugierige Ausdruck in dem dabeistehenden Henker! Das meiste von Corinth ist altmeisterlich. Nur schade, daß er sich immer wieder zwischendurch einmal gehen läßt; das konnten die Alten nicht.

Lediglich Maler, d. h. ein Mensch, dessen Fühlen und Empfinden nicht durch Gedanken angekränkelt, sondern nur seinem Geben überlassen ist, ist auch Böcktiegel. Ungeheuer blühend in der Ueppigkeit seines Gelb und Rot mit den tiefen Zwischentönen von Blau und Grün, setzen seine Bilder in Erstaunen, wie durch die Sicherheit, mit der der Künstler seine großen Formate in Primamalerei auf den ersten Anhieb ohne Korrektur hinsetzt, und den Grad des Fertigseins, den er erreicht. Man betrachte daraufhin sein neuestes Bild: Werther im Vorfrühling oder die Schafe am Morgen, die halb verschlafen herumliegen oder, wie noch zu faul, sich gerade hochheben. Seine Malerei und Auffassung haben Erdgeruch und Bodenständigkeit, und hinter den Fanfaren seiner Farbe steckt manchmal beinahe die Fähigkeit, diese westfälischen Bauern ins patriarchalisch Prophetenhafte zu steigern, wie in dem Gruppenbild seiner Eltern mit seiner Tante und der kleinen Sonja. Seine Farbigkeit leidet nur an zweierlei: einmal daran, daß er sich in seine Skala zu sehr hineingearbeitet hat, dann auch daran, daß jedes Bild für sich so eminent stark ist, daß sie insgesamt einander beeinträchtigen. Aber die Abstufungen in diesen Richtungen werden bei ihm von ganz allein kommen. Vorderhand ist seine Malerei noch Freude, Kraft und Unbekümmertheit, kurz, Jugend schlechthin.

Demgegenüber ist Felix Müller programmatisch, reflektierend, zugespitzt. Er stellt mit kühler Klarheit das Problem und löst es haarscharf. Aber es ist eben Problemmalerei, kein Naturgewächs wie bei Corinth und Böcktiegel. Gewiß auch groß in ihrer Art. Die prachtvolle Landschaft mit dem nahenden Regen, in der die Eblen Klotzscher Villen bezwungen sind (das Kind ist hier m. E. überflüssig, der Vordergrund konnte auch anders betont werden), die Finger des Komponisten mit ihrem Eigenleben, die Katze, das Großstadtbild — die Aquarelle Rossel, Redlinghausen —, alles das sind präzis geformte Dinge mit einem großen Reichtum im Erfassen. Aber die Luft dieser Bilder ist verstandesscharf, eisig. Nur in seiner Farbe, zuweilen, wenn man zehnquadratzentimeterweise Ausschnitte bei ihm macht, von einer unerhört grausigen Schönheit und Seltenheit, ist ein Gefühl vorhanden, das nicht in Worte zu fassen ist. Felix Müllers Graphik ist bedeutend in der Sicherheit seines Geschmacks und seiner Handschrift, trotz der parteipolitischen Tendenz. Ein Bild wie den Aufruhr allerdings, hätte ich nur an seiner Stelle als zu billig geschenkt.

Und Bernhard Kretzschmar. Er gebärdet sich wie Dix und ist im Grunde Ludwig Richter. Das ist natürlich übertrieben ausgedrückt, will aber sagen, daß er die Scheußlichkeit oder Geschmacklosigkeit des Döbelner Schaukastens mit den Dutzendhorsts malt wie Dix, aber nicht mit dem grausig brutalen Realismus von Dix, der dem Betrachter den Ekel im Hals emporreibt, sondern mehr mit einer beinahe harmlos naiven Freude an den Dingen, wie sie Ludwig Richter empfand. Der Mann im Laden, der Kutscher der Pferdebahn, das Bärchen, das sich im Licht der Autolaterne küßt, das Fräulein, das auf die Elektrische wartet, das schöne rote Blut beim Schweineschlachten, in alledem steckt Humor und die Freude des Vorwurfs drin, ganz wie bei dem seligen Ludwig Richter. Dix ist die Malerei gleichgültig, wenn nur der Ausdruck brutal genug ist, Kretzschmar hingegen malt gut und malt schön, d. h., seine Form ist knapp und aufs einfachste zurückgeführt — seine Farbe ist selten und hat Klang, er ist eben ein Maler von Geblüt; man beachte das gute Bild Endstation daraufhin. Kurz, je mehr er die programmatische moderne Form abstreift und er selbst wird, um so lieber wird man ihn sehen, zumal er auch so geschickt ist.

Der vierte Volksbühnentag

Am 22. bis 24. Juni tagte in Potsdam der vierte Volksbühnentag, zu dem 80 Delegierte erschienen waren. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Verbandsvorsitzenden Kurt Baake und nach Begrüßungsansprachen von Vertretern des preußischen Kultusministeriums und der Stadt Potsdam erstattete der Verbandsgeschäftsführer Dr. Nestriepke den Bericht über die Bewegung im Geschäftsjahr 1922/23: Dem Verband sind heute mehr als 90 Organisationen angeschlossen; allein das letzte Jahr brachte einen Zuwachs von nahezu 50 neuen Vereinen. Die im Verband vereinigten Vereine zählen heute insgesamt 500 000 Mitglieder. Die Arbeit der Verbandsleitung wurde von allen Seiten anerkannt. Kritik fand lediglich die Mitwirkung an der preußischen Landesbühne. Am zweiten Tag sprach Dr. Nestriepke über: Die Idee der Volksbühne und die Erziehung zur Kulturgemeinschaft. Der Vortragende lehnte die Forderung des russischen Proletkult auf völlige Beseitigung des Berufsdarstellertums ab, ohne damit das Laienspiel selbst völlig zu verwerfen. Das wahre Volkstheater müsse jedoch die Darbietung von Berufsdarstellern in den Mittelpunkt stellen. Das Kulturideal der Volksbühnengemeinde werde nur einheitlicher, wenn der Bühnenvolksbund die kirchlich-nationalen Kreise an sich ziehe. In der Aussprache wurde vor allem die Forderung nach einem entschiedenen kulturpolitischen Programm der Volksbühne vertreten. Ein entsprechender Antrag fand einstimmige Annahme. Ein weiterer Vortrag von Professor Kestenberg, Berlin, behandelte das Thema Volksbühne und Oper. Von einer Volksoper könne heute eigentlich noch nicht die Rede sein. Im Musikdrama Wagners bahne sich allerdings die Idee einer neuen Volksgemeinschaft an. Das Ziel müsse sein, den Boden für eine Oper zu schaffen, in der die Gesinnung des neuen freien Volksstaates ihren Ausdruck findet. Am dritten Verhandlungstag folgte ein Vortrag von Geisgens, Chemnitz, über zweckmäßige und künstlerische Ausgestaltung der Werbearbeit unter Vorführung eines reichen Anschauungsmaterials. Der bisherige Vorstand (Baake, Kestenberg, Geisgens, Springer, Düscher, Ballschmiede, Dr. Nestriepke) wurde einstimmig wiedergewählt.

Konzert

Der Dresdner Lehrergesangverein konnte sein Sommerkonzert wirklich im Garten geben (!), nachdem alle anderen Chöre ihre üblichen Programme zum Preise der Wonnen des Sommers im winterlichen Konzertsaals absingen mußten. Freilich liefen die Zuhörer mehr zwischen den Tischen und Stühlen herum als daß sie saßen. Und die wenigen, die saßen, erwärmten ihr Leben durch Grog und heißen Kaffee. Die Hauptsache aber, künstlerisch warm zu machen, erreichten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230628/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsischer Landtag

47. Sitzung. Donnerstag, 28. Juni, vorm. 11 Uhr

Der Landtag hat heute, da der Mißtrauensantrag der Volkspartei gegen den Ministerpräsidenten und zwei Anfragen wegen der Planitzer Rede Dr. Zeigners auf der Tagesordnung stehen, schon rein äußerlich das Bild eines „großen Tages". Die Tribünen waren stark besetzt, die Mitglieder des Hauses fast vollzählig erschienen.

Zunächst berichtete bei großer Unruhe im Hause Abg. Schnirch (Soz.) für den Sonderausschuß für Beamtenfragen über

die vierte Abänderung des Beamtenbesoldungsgesetzes.

Der Ausschuß beantragt, die Vorlage anzunehmen und die Eingabe des Bundes der sächsischen Staatsbeamten in Sachen der Amtszulagen für Kammermusiker auf sich beruhen zu lassen.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. **Schneller** (Komm.), der starke Bedenken äußerte, wurde die Vorlage gegen die Stimmen der äußersten Linken angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Antrag Dr. Kaiser (D. Vp.):

Der Ministerpräsident und Justizminister Dr. Zeigner hat nicht das Vertrauen des Landtages.

Ferner liegen zwei Anfragen des Deutschnationalen Kaula und der demokratischen Fraktion vor, die

die Planitzer Rede des Ministerpräsidenten

betreffen.

Zunächst erhält

Ministerpräsident Dr. Zeigner

das Wort.

Ministerpräsident Dr. Zeigner stellt zunächst noch einmal die Stellen seiner Rede richtig, die von der Presse falsch wiedergegeben worden waren, und erinnert dann daran, was er selbst im Landtag am 10. April ausgeführt hat. „Da habe ich ausdrücklich und in der eindeutigsten Weise erklärt, daß die sächsische Regierung die Fortführung des passiven Widerstandes durchaus billigt und aufrecht erhält. War Ihnen (auf der Rechten) denn nicht bekannt, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet in erster Linie von den Arbeitern, Angestellten und Beamten geleistet wird? Und das also von Kreisen, die mir politisch doch wesentlich näher stehen als Ihnen. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lebhafter Widerspruch und Unruhe rechts.) Ich stelle also fest, ich habe in Zwickau nicht von einer bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes gesprochen, ich habe vielmehr das Gegenteil erklärt, daß man diesen Kampf ausfechten müsse. Ich habe damals im Sächsischen Landtag allerdings hinzugefügt, daß das Ziel des Abwehrkampfes sein müsse, die Verhandlungsbereitschaft der französischen und belgischen Regierung auf vernünftiger Grundlage herbeizuführen, und daß mir, daß die sächsische Regierung der Ansicht sei, daß die Politik der Abwehr, des passiven Widerstandes, **durch eine aktive Politik von Vorschlägen ergänzt werden müsse.** Damals haben gerade diese meine Ausführungen über die Ermöglichung dieser Politik durch

ein Opfer des Besitzes

bei Ihnen stürmische Ablehnung erfahren. Der Bericht aus jenen Tagen verzeichnet den Zwischenruf von der äußersten Rechten: Vaterlandsverrat; und diese Charakterisierung meiner Rede ist genau wie jetzt neuerdings damals durch einen großen Teil der bürgerlichen Presse gegangen. Inzwischen sind nun 10 Wochen vergangen. Außer den ganz Unbelehrbaren auf der äußersten politischen Rechten und denjenigen, die als Führer der Großindustrie und der landwirtschaftlichen Verbände unmittelbar vor Ueberreichung des Memorandums Forderungen gestellt haben, die sofort den Zankapfel in die Nation hineinwerfen, **hat sich das gesamte deutsche Volk bis tief hinein in die Reihen der deutschen Volkspartei auf denselben Standpunkt gestellt** im Reichstag sowohl wie im Preußischen Landtag. (Sehr richtig! bei den Soz.). Ich stelle insbesondere fest, daß vor etwa 10 bis 14 Tagen der preußische Ministerpräsident Braun als Vorsitzender des Staatsministeriums, dem in erster Linie Mitglieder der bürgerlichen Parteien und insbesondere auch der Deutschen Volkspartei angehörten, eine Erklärung abgegeben hat, die sich sachlich durchaus mit demjenigen deckt, was ich damals gesagt habe und was wohlverstanden auf der äußersten politischen Rechten mir den Vorwurf des Vaterlandsverrats eintrug.

Vergegenwärtigen Sie sich nur das eine: an dem Tage, an dem in Berlin in Erinnerung an den Rathenaumord eine Gedenkfeier stattfand, und an dem Tage, an dem die Presse die beiden Interpellationen und den Antrag auf ein Mißtrauensvotum veröffentlichte, was bringt da Ihre Presse? An demselben Tage werden eingehende Mitteilungen gemacht über **den geradezu grauenhaften nationalistischen Mord in Parchim, über drei unglaublich törichte Sabotageakte im besetzten Gebiet, über die Sprengung der Druckerei des sozialdemokratischen Volkswillens in Münster,** gegen welche schon in der Nacht vom 17. zum 18. Juni ähnliche Angriffe erfolgt waren. In beiden Fällen ergaben am Tatorte hinterlassene Schreiben ganz unzweideutig, daß

die Täter wieder rechtsradikale Kreise

waren. Soll ich Ihnen hier die Bestialitäten vortragen, die die Presse, gestützt auf amtliches Material, über den Mord in Parchim gebracht hat? Soll ich Ihnen Einzelheiten über dasjenige mitteilen, was im Prozeß gegen Fuchs und Machhaus und dergleichen mitgeteilt worden ist, wo die Zeugen und Angeklagten selbst mitteilen, daß sie sich bei den Besprechungen mit ihren eigenen Kreisen mit der geladenen Waffe gegenübergesessen haben, **weil keiner dem andern getraut hat und jeder dem andern jegliche Bestialität und jeglichen Mord zugetraut hat?**

Und wenn ich nun diese ungeheure Verbiesterung dieser Kreise in einem Vortrage in einer von meiner Partei veranstalteten Versammlung schildere, und auf die Gefahren hinweise, die aus diesen unverantwortlichen Kreisen kommen, die schon einmal bei dem Kapp-Putsch Deutschland in einen fürchterlichen Wirrwarr gestürzt haben, dann erheben Sie, meine Damen und Herren, den Vorwurf in der Presse: Das ist eine Hetzrede, das ist ein Dolchstoß, das ist ein Giftpfeil. Das sind die Ueberschriften. Dann schüren nicht diese Bestien, sondern ich schüre, und Sie, meine Damen und Herren, Sie interpellieren, weil Sie sich dagegen wenden, aber weswegen? Was erzielen Sie denn damit? Das können Sie sich selbst überdenken. In den letzten Tagen sind mir zahlreiche Brief: mit den gemeinsten Drohungen zugegangen, **Kistchen mit menschlichen Exkrementen; jegliche Widerwärtigkeit, die die menschliche Phantasie sich überhaupt vorstellen kann.** (Lebhafte Zurufe links.) Sie entrüsten sich selbstverständlich, ich glaube Ihnen das, über diese Bestialitäten. Aber wenn Sie sich darüber entrüsten,

warum bekämpfen Sie dann nicht ebenso, wie ich es in Planitz getan habe, diese Bestialitäten in aller Oeffentlichkeit?

Bedenken Sie die eine Tatsache: diese Bestialitäten sind nicht irgendwelche Vorgänge, über die man lächeln kann. Das tut man immer wieder. Als der Vorwärts über eine geheime Feme in Magdeburg Berichte brachte, ja, was hat die bürgerliche Presse zum großen Teil getan? Sie hat diese Enthüllungen lächerlich gemacht, sie hat gesagt, das erfolge alles zu durchsichtigen politischen Zwecken, das sei gar nicht so, das sind alberne Spielereien von unbesonnenen jugendlichen Leuten, und einige Tage darauf müssen Sie in Ihren eigenen Zeitungen mitteilen, daß es keine unbesonnenen Spielereien sind, sondern daß diesen Spielereien wiederum Menschen zum Opfer gefallen sind. Ich bin verpflichtet, auf diese Dinge hinzuweisen, denn sie werden in der Oeffentlichkeit noch viel zu wenig beachtet. All dies hat mich veranlaßt, in Planitz klar zu sagen, **daß die gesamte staatliche Autorität gegen diese Bestien** eingesetzt werden muß. Nichts andres ist der Sinn meiner Ausführungen in Planitz gewesen!

(Die Verhandlungen dauern fort.)

•

Der Mißtrauensantrag wurde mit 48 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Für den Mißtrauensantrag stimmten die Bürgerlichen geschlossen.

Gegen die bayerischen Volksgerichte

Keine Anerkennung durch das Hanseatische Oberlandesgericht

Wir lesen im Berliner Tageblatt: Wie erinnerlich, hat das Amtsgericht Hamburg als ersuchtes Gericht am 3. Mai 1923 ein Rechtshilfegesuch des Volksgerichts München I abgelehnt, weil die bayerischen Volksgerichte nach Reichsrecht ungültig sind. Wir haben mitgeteilt, daß auf die Beschwerde des Volksgerichts das Hanseatische Oberlandesgericht den Beschluß des Amtsgerichts Hamburg aufgehoben hat. Das Oberlandesgericht hat aber nicht etwa erklärt, daß die „Bayerischen Volksgerichte" reichsrechtlich gültig sind, hat vielmehr ausdrücklich ausgesprochen, die Prüfung und Entscheidung dieser Frage müsse den „dazu berufenen Reichsorganen" überlassen bleiben. Das Oberlandesgericht ist zu seiner Entscheidung lediglich auf Grund der folgenden Auffassung gelangt: Die Nachprüfung, ob sich ein Landesgesetz mit dem Reichsrecht in Uebereinstimmung befinde, stehe nur dem Spruchrichter unbeschränkt zu, dem Rechtshilferichter dagegen nur beschränkt. Für diese Prüfung, soweit sie für den Rechtshilferichter zulässig sei, müßten hier die folgenden Umstände genügen: Daß ein bayerisches Landesgesetz vorhanden sei, daß die „Volksgerichte" in Bayern seit fast vier Jahren amtierten, daß ihre Urteile vollstreckt würden, daß den obersten Reichsbehörden ihr Bestehen bekannt sei, daß der Oberreichsanwalt und das Reichsgericht sie anerkennen. So gelangt das Oberlandesgericht zu der Konstruktion, daß die Rechtsgültigkeit der „Bayerischen Volksgerichte" zwar im übrigen von den „dazu berufenen Reichsorganen" noch nachzuprüfen sei, für das Rechtshilfeverfahren aber als vorhanden zu behandeln sei. Dieser Standpunkt des Oberlandesgerichtes dürfte kaum haltbar sein, denn das Reichsrecht kennt weder Gerichte zweiter Klasse mit nur beschränktem Prüfungsrecht nach Gesetze, deren Gültigkeit in einem Fall feststeht, im andern nicht. Und außerdem: hätte nicht selbst das vom Oberlandesgericht konstruierte Gericht mit beschränktem Prüfungsrecht immerhin mitzuberücksichtigen, daß der Bundesstaat Sachsen die „Bayerischen Volksgerichte" für reichsrechtlich rechtsungültig erklärt und seine Staatsanwaltschaften und Polizei angewiesen hat, dementsprechend zu handeln?

Wesentlich ist aber, daß auch das Hanseatische Oberlandesgericht die Frage der Rechtsgültigkeit der „Bayerischen Volksgerichte" noch von der „Prüfung und Entscheidung" der „dazu berufenen Reichsorgane" abhängig gemacht wissen will. Mögen also diese Organe nun endlich tätig werden, um einer Institution ein Ende zu machen, die wie keine andre das Gefühl der Rechtssicherheit in Deutschland erschüttert, und wie der Münchner Universitätsprofessor Kitzinger kürzlich festgestellt hat, uns in einen vorrechtsstaatlichen Zustand zurückführt. Und möge dabei auch der Beschluß des Amtsgerichts Hamburg vom 3. Mai 1923 gebührend benutzt werden.

Kleine politische Nachrichten

Der Rapallo-Vertrag

Berlin, 26. Juni. Im Auswärtigen Amte ist die deutsch-russische Kommission für die Verhandlungen zur Ausgestaltung des Vertrages von Rapallo unter dem Vorsitz des Wirklichen Geheimrats von Körner zusammengetreten.

Eine Niederlage Poincarés

Paris, 26. Juni. Andre Tardieu schreibt im Echo national, das Ergebnis der Nachwahl im Wahlkreise Versailles bedeute eine Niederlage für Poincaré. Der Block der Linken habe gegen die Wahl von 1919 rund 28 000 Stimmen gewonnen. Die Poincaristen hätten 40 000 verloren. Der Block der Linken, der 1919 mit rund 10 000 Stimmen in der Minderheit geblieben war, habe jetzt eine Mehrheit von rund 56 000 Stimmen erzielt. Das sei eine Niederlage für die Gedanken, die Clemenceau und Millerand ausgesprochen hätten und die zum Siege von 1919 führten. Es sei auch eine Niederlage für die republikanische Mehrheit in der Kammer, die seit 1920 fortgesetzt irregeführt werde und am 16. Juni d. J. für Poincaré gestimmt habe. Diese Mehrheit müßte die Reden nachlesen, die die Anhänger Clemenceaus seit annähernd vier Jahren gehalten hätten. Sie würde dann erkennen, daß es an Warnungen nicht gefehlt habe, und daß das Ergebnis diese Warnungen bestätigt habe. Tardieu ruft Poincaré zu: Du hast es gewollt, Georges Dandin!

Aus aller Welt

Ein sonderbarer Heiliger

München, 25. Juni. Wegen großer Amtsunterschlagung stand der 51jährige Obervostinspektor Michael Pfaffinger vor dem Münchner Schwurgericht. Der Angeklagte, der seit einigen Jahren Vorstand der Briefabfertigungsstelle des Postamts München II war, hat von 1920 bis zur Entdeckung im Februar 1923 Briefe, Warenproben und Mischsendungen aus dem Auslande geöffnet und den Inhalt, vor allem ausländisches und deutsches Papiergeld, entwendet. Das Gestohlene machte nach dem Valutastand von Ende März rund 70 Millionen Mark aus. Außerdem betrieb Pfaffinger einen ausgedehnten Briefmarkenhandel: er nahm die hochwertigen Marken auf Postpaketkarten an sich und verkaufte sie. Das so gewonnene Geld verwendete Pfaffinger, der verheiratet ist, zum Unterhalt einer Geliebten, einer vierundzwanzigjährigen Verkäuferin. Diese hat er mit kostbaren Geschenken, wie einer Schlafzimmereinrichtung, einem Klavier, einem großen Speiseservice, Kleidern, einem Pelzmantel und Schmucksachen, im damaligen Werte von drei bis vier Millionen Mark, bedacht. Er kaufte sich auch zwei Anwesen in München, gab Darlehen in der Höhe von eineinviertel Millionen, stiftete über zwei Millionen Mark für einen Kirchenbau und schließlich spekulierte er. Bei seiner Verhaftung besaß er eine großes Bankdepot und Effekten; bei der Haussuchung wurden große Summen ausländischen und inländischen Geldes bei ihm gefunden, ferner aber auch Heiligenbilder und daneben grob unsittliche Bilder. Pfaffinger, der zuerst als „faul und schlampig" qualifiziert wurde, wußte sich später als Aufsichtsbeamter durch rücksichtsloses Vorgehen gegen ungetreue Beamte das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu erwerben; er rühmte sich zu einer Zeit, als er selber bereits Unterschlagungen beging, in einer Verhandlung gegen einen der Amtsunterschlagung angeklagten Beamten, daß er bereits zwanzig Postdiebe zur Strecke gebracht habe.

In der Voruntersuchung verteidigte sich Pfaffinger unter anderm damit, daß er sich gerne als großer Wohltäter habe zeigen wollen. Bedenken habe er nicht gehabt, weil die Amerikaner den Verlust des Geldes ja doch nicht spürten. In der heutigen Verhandlung gab er an, daß er nach einer Unterschlagung regelmäßig zur Jungfrau Maria gebetet habe; diese sei ihm dann nachts erschienen und habe ihm gesagt, das mache nichts. Auch im Gefängnis sei ihm die Mutter Gottes erschienen und hier habe sie ihm befohlen, ein Gedicht zu machen, das ihm nach längeren Bemühungen denn auch gelungen sei; das Gedicht kam dem Vorsitzenden des Gerichts allerdings bekannt vor.

Schließlich wurde der Angeklagte (der übrigens als schwerer Neurastheniker geschildert wurde) wegen fortgesetzten Vergehens im Amte in Tateinheit mit einem Verbrechen im Amte zu sechs Jahren Zuchthaus, 100 000 M. Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre und Herausgabe der beschlagnahmten Gelder und Vermögenswerte an den Postfiskus verurteilt.

Der Dollar 149 625,—

Berlin, 28. Juni. (Amtlich.)

		28. 6. Geld	28. 6. Brief	27. 6. Geld	27. 6. Brief
Amsterdam	1 Gulden	58653,—	58947,—	59850,—	60150,—
Buenos Aires	1 Peso	52818,—	52883,—	58568,—	58947,—
Norwegen	1 Krone	24588,50	24661,50	27481,—	27569,—
Dänemark	1 Krone	—	—	28927,50	29072,50
Schweden	1 Krone	38600,50	38799,50	43890,—	44110,—
Helsingfors	1 fin. Mark	4114,50	4185,50	—	—
Belgien	1 Frank	7805,—	7895,—	8808,—	8859,—
Italien	1 Lire	6708,—	6742,—	7806,50	7841,—
London	1 Pfd. Sterl.	689275,—	691725,—	708225,—	711775,—
Neuyork	1 Dollar	149625,—	150375,—	152670,—	153329,—
Paris	1 Frank	9226,50	9273,50	9975,—	10025,—
Schweiz	1 Frank	26583,—	26817,—	28927,50	29072,50
Spanien	1 Peseta	21945,—	22055,—	22040,50	23057,—
Wien (abgest.)	100 Kronen	211,96	218,04	—	—
Prag	1 Krone	4388,50	4561,50	—	—
Budapest	1 Krone	18,45	18,55	—	—

Polnische Noten —,—

rs. **Berlin, 28. Juni.** (Eig. Drahtm.) Die Tendenz am Effektenmarkt ist weiter fest. Im heutigen Vormittagsverkehr liegen erhebliche Kaufordres vor, unter denen namentlich Interesse für schwere Montanpapiere, für Elektroaktien und auch Bankaktien vorhanden ist. Ebenso werden Schiffahrtspapiere stark begehrt.

Die Ausführungsbestimmungen zur neuen Devisenverordnung haben der Stempelvereinigung das Recht gegeben, für die nicht amtlich notierten Devisen von Zeit zu Zeit Kurse festzusetzen, die den amtlichen Kursnotierungen gleichberechtigt sind. Ueber die Durchführung fanden gestern bereits zwei Sitzungen statt. Es wurde beschlossen, daß die Nachfrage nach Ostdevisen auf dem Umwege über den Usancehandel befriedigt werden soll. Die Frage, wie und wann die ersten Markkurse für die ersten Ostvaluten festgesetzt werden, ist noch nicht entschieden.

---

die Lehrerchöre unter Johannes Leonhardts ausgezeichneter Führung mit vorzüglichem Gelingen. Nicht nur der mit ausgewähltem Stimmaterial besetzte „kleine" Chor, sondern auch der vollbesetzte Sangeskörper erfreut durch Feinschliff in rhythmischer und dynamischer Hinsicht und durch reine Tongebung. Jede der vorgetragenen volkstümlichen Weisen wurde zum Kabinettstück. Geradezu triumphal schlug aber des Walzerkönigs Johann Strauß unsterblicher „Wein, Weib und Gesang"-Walzer ein. Wenn seine schwungvollen Linien in reininstrumentaler Ausführung vom streng ästhetischen Standpunkt eine höher zu bewertende Wirkung tun, so ist er doch stets für einen Gesangverein ein Prüfstein, den erreichten Grad der künstlerischen Disziplin zu erweisen; denn die Deklamation der untergelegten Worte ist zugunsten der Melodik nicht immer ohne Gewalt und erfordert größte Aufmerksamkeit der Ausführenden. Das mitwirkende Kaufmann-Orchester hatte seinen größten Erfolg mit der eifrig hingelegten Teil-Ouvertüre Rossinis (Streichbesetzung). Die Vernichtung des Fracks propagierten die Sänger dadurch, daß sie ihr Konzert im Straßenanzug sangen.

Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 29. Juni. Opernhaus: Aida (6½). — Schauspielhaus: Der Raub der Sabinerinnen (7½). Kein öffentlicher Kartenverkauf; nur Volksbühne Nr. 6383 bis 7007. — Neustädter Schauspielhaus: Gastspiel Hermine Körner: Weibsteufel (7½). — Residenz-Theater: Madame Pompadour (7½). Zentral-Theater: Die Frau von Korosin (7½).

Neustädter Schauspielhaus. Gastspiel Hermine Körner. Technische Vorbereitungen zu dem in den Sommerferien stattfindenden Bühnenumbau machen die geplante Aufführung von Hamsuns Schauspiel Königin Tamara unmöglich. Es werden nunmehr gegeben am Sonnabend Die Nacht der Jenny Lind, Sonntag die vier Anatol-Einakter von Arthur Schnitzler.

Volkshochschule. Die Teilnehmer von dem Kursus Dr. Böttgers (Hegel) treffen sich Freitag den 29. Juni, abends 7¼ Uhr, im Volkshochschulheim Bismarckplatz 14, 1. — Sonnabend den 30. Juni, nachm. 5¼ Uhr: 2. Führung im Botanischen Garten (Nadelhölzer) unter Führung von Obergartenmeister Fr. Richter. — Sonntag den 1. Juli: Führung durch den Forstgarten Tharandt (Leitung: Obergartenmeister Voigtländer). Abfahrt: 8 Uhr 59 Minuten Hauptbahnhof nach Tharandt. (Sonntagsfahrkarte Tharandt lösen.) Zurück: 7 Uhr 31 Min. ab Tharandt. Teilnehmerpreis: 450 M. für Mitglieder. — Naturkundliche Ausflüge mit Dr. Fr. A. Bähler, Abteilung 2. Sonntag den 1. Juli (für den Ausflug vom 27. Mai): Tännichtgrund, Saubachtal. Abfahrt: 6 Uhr 46 Minuten Hauptbahnhof nach Niedersedlitz, zurück von Coswig. (Karten für Hin- und Rückfahrt am Sonnabend lösen!) — Das Herbstprogramm für die Abteilungen 1 und 2 zum Preise von 80 M. ist in der Geschäftsstelle zu haben, woselbst auch Anmeldungen gegen Anzahlung von 1500 M. bereits entgegengenommen werden.

Kleine Mitteilungen

Professor Strümpells 70. Geburtstag. Am 28. Juni wird der Direktor der Leipziger medizinischen Universitätsklinik Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Adolf Strümpell, 70 Jahre alt. Strümpell gehört zu den bedeutendsten inneren Klinikern, ja, er dürfte wohl der meistgelesenste sein: Das Lehrbuch der speziellen Pathologie und Therapie innerer Krankheiten, das er 1888 zum ersten Male und seitdem in einigen zwanzig Auflagen erscheinen ließ, steht unerreicht da; es ist in fast alle Kultursprachen übersetzt, und es dürfte in Deutschland wenige Mediziner geben, die es nicht benötigt hätten. Seine Vorzüge, die glänzende Darstellung, Klarheit und Bewältigung eines gewaltigen Stoffs auf verhältnismäßig geringem Raum, stempeln es zu einem klassischen Werk. Und wie er schrieb, so war er im Vortrag; als Redner glänzend durch die ruhige Sicherheit und überlegene Beherrschung des Stoffes. Als Lehrer zunächst (1888—1896) in Leipzig, dann in Erlangen, Breslau, Wien und seit 1910 wieder in Leipzig (als Nachfolger Curschmanns), hat er einen weitreichenden Einfluß gehabt und eine große Schar von Schülern herangebildet. Er hat durch seine Arbeiten die verschiedensten Gebiete der inneren Medizin gefördert; namentlich bearbeitete er die Erkrankungen der Nerven, worüber er mehrfach in der von ihm seit 1891 mitherausgegebenen Zeitschrift für Nervenheilkunde schrieb. Er hat sich dann mit Nierenleiden, Unfallfolgen und zahlreichen Spezialfragen der inneren Medizin beschäftigt. Aber sein Einfluß beruht nicht nur auf seinem Wirken als Forscher, sondern seine vornehme, liebenswürdige Persönlichkeit wirkte auf jeden, der mit ihm zu tun hatte, nachhaltig ein. So war er auch bei der Hundertjahrfeier der Leipziger Naturforscherversammlung (als erster Geschäftsführer) der Mittelpunkt der Veranstaltung, wie er denn überhaupt in Leipzigs Gelehrtenkreisen höchstes Ansehen genießt. Nicht zum wenigsten eroberte er sich durch seine musikalische Begabung die Neigung weiter Schichten; und er gab eine Probe seines hervorragenden Könnens als Cellist bei dem Geheimratsquartett auf der Leipziger Naturforscherversammlung. Wir grüßen ihn mit dem Worte aus dem Faust:

Gesundheit dem bewährten Mann,
Daß er noch lange helfen kann!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230628/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

...enkasse Cossebaude und Umg.

...o des Gesetzes vom 9. Juni 1923 hat ...eitere Erhöhung der Grundlöhne er... gemacht, die am 2. Juli 1923 in Kraft ...rden, und zwar:

Es sind vier weitere Lohnstufen geschaffen

Stufe	Tagesverdienst über	bis	Wochenbeitrag	Grundlohn
17	15 600 M.	17 400 M.	9 072 M.	16 200 M.
18	17 400 „	20 000 „	10 472 „	18 700 „
19	20 000 „	22 800 „	11 984 „	21 400 „
20	22 800 und mehr		13 440 „	24 000 „

Die Verdienste derjenigen Versicherten, die jetzt in Stufe 16 (mehr als 12 800 M. Tagesverdienst) versichert sind, sind umgehend erneut anzuzeigen, soweit sie vom 2. Juli an nicht ebenfalls wieder der höchsten Stufe ang hören werden.

Cossebaude, den 26. Juni 1923.

Der Kassenvorstand.
E. Schulze, Vorsitzender.

[14]

Bekanntmachung der Allgem. Ortskrankenkasse Kötzschenbroda.

Der Reichsarbeitsminister hat durch Verordnung vom 9. Juni 1923 (RGBl I S. 375) die für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Angestellten usw. maßgebende Jahresverdienstgrenze mit Wirkung vom 18 Juni 1923 an auf 9 720 000 M. eingesetzt.

Auf Grund derselben Verordnung hat der Kassenvorstand den bei der Kasse geltenden Höchstgrundlohn auf 24 000 M. erhöht, dementsprechend die letzte Lohnstufe 16 abgeändert und für vier neue Lohnstufen angefügt. **Es gelten somit vom 2. Juli 1923 an:**

Stufe	Grundlohn	Wochenbeitrag
16	13 900 M.	7 755 M.
17	16 200 „	9 072 „
18	18 700 „	10 473 „
19	21 400 „	11 985 „
20	24 000 „	13 440 „

Die für die Umstufung der Mitglieder erforderlichen Lohnangaben sind **binnen einer Woche** bei der unterzeichneten Kasse zu bewirken. Auskünfte über die Höhe der Beitragsabzüge vom Lohn und über die Höhe der Unterstützungsleistungen sind an Kassenstelle zu erhalten.

Kötzschenbroda, den 28. Juni 1923. [14

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für Kötzschenbroda u. N.-O.
Krumbholz, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

I. Der Reichsarbeitsminister hat durch Verordnung vom 9. Juni 1923 (RGBl I, S. 375) die für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Angestellten usw. maßgebende Jahresverdienstgrenze sowie die hinsichtlich der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden maßgebende Jahreseinkommensgrenze ab 18. Juni 1923 auf 9 720 000 M. festgesetzt.

II. Auf Grund derselben Verordnung hat der Kassenvorstand den bei der Kasse geltenden Höchstgrundlohn auf 24 000 M. mit Wirkung vom 2. Juli 1923 festgesetzt, dementsprechend die letzte Lohnstufe 16 abgeändert und ihr vier neue Lohnstufen angefügt. Die neuen Lohnstufen 16—20, der hiernach zu leistende Wochenbeitrag und der wöchentliche Abzug vom Lohne für die Kranken- u. Invalidenversicherung ergeben sich aus nachstehender Aufstellung:

Stufe	Grundlohn	Wochenentgelt über	Wochenentgelt bis	Monatsentgelt über	Monatsentgelt bis	Wochenbeitrag	Lohnabzug pro Woche für die K.-K. u. I.-V. zusammen
16	13900	89600	105600	384000	450000	9732	6648
17	16200	105600	121800	450000	522000	11430	7720
18	18700	121800	140000	522000	600000	13092	8888
19	21400	140000	159600	600000	684000	14982	10148
20	24000	159600	u. mehr	684000	u. mehr	16800	11360

III. Die Umstufung der Mitglieder anläßlich dieser Neuordnung erfolgt nach den bei der Kasse vorhandenen Unterlagen. Soweit diese noch maßgebend sind, erübrigen sich Ummeldungen.

Freital-Potschappel, am 26. Juni 1923.

Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse für Freital-Potschappel u. Umg.
Emil Winzer, Vorsitzender. [14

Es ist noch Zeit

Ihren Bedarf in

Damen-Mänteln, Kostümen Kleidern, Röcken und Blusen

bei uns sehr **preiswert** einzudecken

Diese ersparte Ladenmiete kommt Ihnen zugute [f838

Nur I. Etage Scheffelstraße 17 I. Etage

Kein Laden | Birnberg & Co. | Kein Laden

Die letzten

3 Notvorstellungen 3

der Internationalen Artisten-Loge

am Donnerstag, Freitag und Sonnabend

den 28., 29. und 30. Juni 1923, im

Tivoli-Palast

mit

Cläre Waldoff

und dem übrigen, täglich wechselnden

Riesen-Programm

20 Attraktionen 20

Beginn präzis 8 Uhr!

Rechtzeitiges Erscheinen erbeten.

Um recht rege Unterstützung u. zahlreichen Besuch bittet

Die Internationale Artisten-Loge.

SARRASANI

Freitag, 8 Uhr

Letzter Gala-Abend.

Sämtliche artistischen Attraktionen des Juni-Programmes. Ab Sonnabend, abends 8 Uhr, Sonntag auch 3.30 Uhr, die

Schwarze Schmach.

Das Schauspiel aus dieser Zeit [f690

Achtung! Betriebsräte! Achtung!

Neu erschienen:

Cl. Nörpel: Aus der Betriebsrätepraxis

II. Teil.

Spruchsammlung von Bescheiden, Schiedssprüchen und Urteilen.

I. Teil ebenfalls vorhanden.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

und ihre Filialen.

[f200

Likör, deutsche Erzeugnisse! Besseres gibt es nicht. Erste Marke. Weinbrände, Originalfüllungen bester Klasse, ausgesucht f. Auswahl C. Spielhagen, Weingrossh., Hauptgesch. Annenstr. 9, Fil. Bautzn. Str. 9 [f 376

Alte Tressen u. Uniformknöpfe von Kommißformen, Militärs und Beamten kauft [f245 **Max Haupt** Bönischplatz 17, II.

Felle

aller Art [f576

Zickelfelle Schafwolle

Roßhaare kauft

Felleinkauf

Grunaer Str. 22, I.

Bei Harnröhren- und Blasenleiden „COBA“

Hauptdepots i. Dresd.: Löwen-Apoth., Wilsdruff. Straße 38; R. Freiberg, Postplatz; G. Kloppenheim, Frauenkirchstr. 9; Weihandt, Hals. Copelv. [f 117

Dauerwäsche

E. J. Nicolai

Frauenstraße 6 gegenüber Klepperbein.

1a Handwagen

jeder Art und Größe Schlüterstr. 13. [b 235

Eleg. Klapp-, Promenaden- u. Kinderwagen, neu, noch bill. zu verk. Oppellstraße 19, I.

D.-Räder neu und gebr. H.-Räder, noch bill. zu verk. Oppellstraße 19, I. [w 270

Deutsch, Englisch, Spanisch, Französ. | Unterricht, William Jones, Dolmetscher, Wettinstr. 14.

Ja, Herr sucht einf. möbl. Zimmer, evtl. m. Klavierbenutzung. Gl. Off. unt. H. F. 9 an d. Exp. d. Bl.

Ausschneiden! Briefl. Ausbildungs-Kurse für Maurer und Zimmerer als Polier, Zeichn., Bauwmeister. Lehrpläne kostenfrei C. Drescher, Kaufl., Goldschlesien, Post Dt.-Ossa.

Ball-Anzeiger

für Freitag den 29. Juni

Bürgergarten Lübecker Straße 16. Straßenbahn-Linien 7, 20, 22. Moderne Ballmusik.

Eldorado Steinstraße, Strßb. 1, 5, 12, 17, 18, 19, 20. I. Rang: Wein-Abteilung! Höllenklaufe — Tanzcafé — Rutschbahn.

Paradiesgarten Dresdens besuchteste Tanzstätte. Wohltätigkeitsball.

Watzkes Tanzpalast Leipziger Straße Linien 10 u. 15. Der beliebte **BALL.**

UT Lichtspiele G. m. b. H.

Das Haus ohne Lachen

Rexfilm der Ufa in 5 Akten

Regie: **Gerhard Lamprecht.**

In der Hauptrolle:

EDITH POSCA

Außerdem zwei Chaplin-Grotesken:

Chaplin hat den Dalles

und

Chaplin als Wurstmaxe

In der Hauptrolle:

Charlie Chaplin.

Wochentags und Sonntags 4, 1/4 7 und 1/2 9 Uhr. [f388

Volkswohl-Theater Lichtspiele Ostra-Allee

Ab Donnerstag den 28. Juni bis Mittwoch den 4. Juli täglich 5 Uhr:

Und dennoch ward es Morgen.

Spannendes Gesellschaftsdrama in 2 Teilen u. 10 Akten.

Beide Teile in einem Programm.

Dazu:

Eine tolle amerikanische Self-Groteske.

Anfang: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Einlaß jederzeit bis 8 1/2 Uhr. [b 381

Nur für Herren! Jedermann

der eine tadellose, schicke Garderobe besitzen will, gehe nur zu

27 J. Pimsler, Dresden 27 Landhausstraße

nächst Pirnaischem Platz. — Sämtl. Straßenbahnlin.

Dort wird ihm jeder Wunsch u. jeder Geschmack erfüllt bei reellen u. angemessenen Preisen. — Mein Prinzip ist:

Kleiner Gewinn, großer Umsatz.

Hergestellt aus nur besten Qualitäten:

Hochmod. Schlüpfer, Eleg. Anzüge

Breeches- und Stoffhosen, zu Anzügen passend, sowie Lüsterjacken, Gummimäntel und Sommerjoppen. [w 212

Bei mir gekaufte u. angezahlte Gegenstände werden 4 Wochen aufbewahrt.

Stoffe für Herren, Damen und Kinder Manchester, Gemusterstoffe, Bibis **H. Scholz** Antonsplatz 9 (Eingang Portikus). [f 528

Reisekoffer Aktentaschen [w 81 Lederwaren **Klepfer, Freiberger Straße 3.**

Brillanten * Platin - Gold - Silber-Zähne

Gegenstände und Bruch kauft

Drillich & Co

landesgerichtlich eingetragene Firma

24 Amalienstr. 24 „Hotel Amalienhof“ Tel. 15084.

Reeller Einkauf nach tägl. Dollarstand.

Diskr. separ. Einkaufsräume - Luxussteuer tragen wir.

Felle

jeder Art, wie

Zickel, Kanin, Maulwurf usw.

kauft zu Tagespreisen

Pelzmoden J. Strimber

Schaffelstraße 16. [w 89

Mensch, ärgere Dich nicht

mit stumpfen Scheren, Rasiermessern und dergleichen. — Weißt Du nicht, daß die Dampfschleiferei und Solinger Stahlwarenfabrik von **Max Herrfurth**, Gr. Brüdergasse 43, derartige Gegenstände wieder tadellos in Schuß bringt, ganz gleich, ob dort gekauft oder nicht? [w 127

Seit 50 Jahren nur Gr. Brüdergasse 43

Kammerjäger G. Großmann

Kleine Brüdergasse 12, 1. — Telephon 11140

vertilgt radikal **Wanzen, Ratten, Mäuse, Russen.** Vernichte einzelne **Polstermöbel, Matratzen** u. deral. innerh. 24 Stund. in meinem Desinfektionsraume. Auf Wunsch Abholung derselben. Empfehle zur **Selbstbekämpfung** meinen Apparat **Wanzentöter „Radikal“.** Zur mündlichen Auskunft und Vorführung jederzeit gern bereit. [w 78

Durchaus selbständig arbeitender

Werkzeugmacher

für die Wäscheknopffabrikation in angenehme Dauerstellung gesucht. Betreffender muß auch die Herstellung der Wäscheknöpfe gründlich kennen und soll in diesem Falle

Meisterstelle

einnehmen. Angebote mit Lebenslauf unt. N. B. 14 an die Exped. d. Bl. [f 390

Geübte

Blumenarbeiterinnen

für bessere Blüten u. handvorgerecht. Blumen stellt ein [f 745

Fritz Stiefkind, Pirna.

Auf zum Alaunplatz!

Freitag den 29., Sonnabend den 30. Juni und Sonntag den 1. Juli

Große Volksbelustigungen

bis abends 10 Uhr.

Unter anderm: [b 879

Fahr- u. Schaugeschäfte sowie große Spielbuden u. andre Belustigungen.

Um zahlreichen Besuch bitten Die Unternehmer.

Zigaretten von 100 M. Kleinverkauf **Rauchtabak** 100 Gramm von 1200 M. Kleinverkauf aufwärts **Zigarren** sehr preiswert. [f 574

Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Zigarrenhaus Karl Hermann. Am 19. !

Leder-Ausschnitt u. Schuhbedarfs-Artikel

kauft man gut und preiswert in [f 584

Dresden-A., 52 Am See 52, Ecke Kleine Gl. Gasse

Filiale: **Löbtau, Kesselsdorfer,** Ecke Kesselsdorfer Str.

Emil Göbel, Lederhandlung.

Briefmarken!

Suche seltene Marken all. Länd. u. Samm. a. alt. Zeit

Paul H. Schulze

Dresden, Trompeterstr. 1 Ecke Waisenhausstraße. Telephon 20534.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtl. Parteiliteratur und andre Werke — Inseraten- u. Drucksachen-Annahme G. Gnepper, Grohenhainer Str. 132 Trachenberge.

Aluminium-Kofferartikel Isolierflaschen Kleiderbügel **Donath** Oppelschwerdterstr. 2.

3000 M. zahle ich für große abgeschliffene und zerbrochene **Schellplatten,** für 25 cm große 2500 M. **Tappert** Wettinerstraße 34 Königsbrücker Str. 2 Großenhain. Str. 118.

1

stehst fest

und das genügt.

Mey's Stoffkragen

sind die

hygienisch einwandfreiesten

Wenn unsauber werden sie fortgeworfen, Sie sind trotzdem die

billigsten

Versuchen Sie auch Qualität B mit Leinenprägung, welche etwa 2/3 billiger ist.

Mey & Edlich, Dresden-A. Scheffelstr. (altes Rathaus) [f 481

Bezirkskonferenz der V. S. P. D. Ostsachsen

Genosse Bethke erstattete den Geschäftsbericht. Wer die politischen und organisatorischen Ereignisse Revue passieren lasse, müsse zugeben, daß ein äußerst bewegtes Jahr hinter uns liege. Rathenaumord, die beiden Landesparteitage, die Verschmelzung der beiden Parteien, zwei Regierungskrisen in Sachsen, die Landtagswahlen und das Ruhrabenteuer brachten arbeitsreiche Wochen und Monate. Alle diese Dinge, die ihre Auswirkung durch die Organisation bedingten, haben uns nachhaltig in Atem gehalten. Die verschiedenen Einstellungen der verschmolzenen Parteirichtungen konnten nicht ohne Einfluß auf das innere Parteileben bleiben. Deshalb mußte auch ein Stück Meinungskampf ausgetragen werden, der nunmehr glücklicherweise in den jetzt vollzogenen Leitungswahlen seinen Abschluß gefunden hat. Die Bezirksorganisation Ostsachsen marschierte in allen Kämpfen an der Spitze. Im Landtagswahlkampf gelang es uns als einziger Bezirk, ein Mandat zu erobern, und wenn die Sozialdemokratie Sachsens ohne Verlust aus dem Wahlkampfe hervorgegangen ist, so ist das dem Bezirk Ostsachsen zu verdanken. — Auch im Vergleich zu den Elternratswahlen in Leipzig und Chemnitz hat sich Dresden sehr gut behauptet.

Die Verschmelzung im Dresdner Bezirk ist ohne jede Reibung vor sich gegangen. Die Landesparteitage von Chemnitz und Plauen haben den Auftakt zur Vereinigung gegeben. Heute kann gesagt werden, der Bezirk Ostsachsen kennt nur eine Vereinigte Sozialdemokratische Partei. Verschiedene Auffassungen über einzelne politische Fragen wird es immer geben. Daß sich die Verschmelzung nicht organisatorisch ausgewirkt hat, liegt letzten Endes an der wirtschaftlichen Not, die uns hinderte, im letzten Quartal erfolgreich werbend aufzutreten.

Der Mitgliederbestand wies folgende Zahlen auf:

Der Mitgliederbestand wies folgende Zahlen auf:

Am 1. April 1922 40 801 männl., 6 383 weibl. Mitglieder,
" 31. März 1923 64 538 " 10 651 " "
Zunahme: 23 737 männliche, 4 268 weibliche Mitglieder.
Zunahme durch die U. S. P. D. 17 482 Mitglieder
" ohne " U. S. P. D. 10 523 "
Gesamtzunahme: 28 005 Mitglieder.

Die Zahl der Ortsvereine stieg von 324 auf 418. In den Gemeinde- und Stadtverwaltungen hatte der Bezirk Ostsachsen 2372 Gemeindevertreter (darunter 12 weibliche), 258 Gemeindeälteste, 302 Stadtverordnete (darunter 18 weibliche), 75 Stadträte (darunter 1 weiblicher), insgesamt 3038 (darunter 31 weibliche) Vertreter wirken.

Von besonderer Wichtigkeit für die Organisation ist das Betriebsvertrauensmännersystem, das im letzten Jahre einen gründlichen Ausbau erfahren hat. Von den im Wirtschaftsgebiet Dresden vorhandenen 2000 Betrieben, die einen Betriebsrat aufzuweisen haben, sind 521 Betriebe durch unsre politischen Betriebsvertrauensmänner erfaßt. In diesen 521 Betrieben sind 111 579 Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte, Lehrlinge und Jugendliche beschäftigt. 2181 Betriebsvertrauensmänner verrichten in diesen Betrieben wertvolle Kleinarbeit für unsre Partei.

Neben dem politischen Betriebsvertrauensmännersystem wurde besondres Augenmerk auf den Ausbau der Beamtenausschüsse und Arbeitsgemeinschaften der Beamten gelegt. Innerhalb der Beamtenschaft kann am besten der für den Sozialismus werben, der die Psyche des Beamten versteht. Es ist falsch, wenn man glaubt, daß dadurch innerhalb der Partei eine besondere Partei entstehen könnte. Die Beamten-Arbeitsgemeinschaften haben bei den Wahlen ein gutes Stück Arbeit und Aufklärung für unsre Partei geleistet, sie haben die sozialdemokratischen Ideen sehr gründlich fördern helfen. Die Arbeitsgemeinschaften müssen als ein Parteiglied angesehen werden, innerhalb einer bestimmten Schicht die Idee des Sozialismus zu fördern. Die zentrale Zusammenfassung dieser Beamtenausschüsse sei abgeschlossen. Diese Organisationsform sei auch von andern Bezirken übernommen worden.

Auch in der Elternrätebewegung und -organisation zeigte sich, daß es falsch ist, wenn man nur die Elternräte wähle und sie dann ihrem Schicksal überläßt. Der Organisationsplan für Ostsachsen war von bestem Erfolg gekrönt und auch hier kann, wie in andern Zweigen, festgestellt werden, daß die Idee von andern Bezirken übernommen wurde. In enger Verbindung mit dieser Frage stehen die Jugendweihen. Auch auf diesem Gebiete wurden mit gutem Erfolge alle Kräfte konzentriert. Im Stadtgebiete Dresden läß sich dieser Aufschwung der Bewegung durch folgende Zahlen kurz darlegen:

Jahr	Zahl der Weihen	Kinderzahl	Besucherzahl der Weihen	Vorbereitungsklassen	Lehrkräfte
1921	2	350	2 000	1	1
1922	4	1000	12 000	27	24
1923	13	1600	18 000	45	40

Wie in Dresden, so wurden auch in andern Städten und größeren Orten des ostsächsischen Bezirkes weltliche Jugendweihen mit Erfolg veranstaltet. Mit der Uebernahme dieser Arbeiten war eine bedeutende Arbeit im Bezirkssekretariat verbunden.

Das Versammlungswesen hat gegen das Vorjahr eine bedeutende Steigerung zu verzeichnen. Die Zahl der Versammlungen, zu denen vom Bezirkssekretariat Dresden aus Redner vermittelt wurden, stieg von 1143 auf 1807. Davon waren 545 öffentliche Versammlungen, 501 Mitgliederversammlungen, 150 Frauendiskussionsabende, 117 Betriebsversammlungen, 51 Betriebsvertrauensmänner- und Funktionärkonferenzen, 40 Gemeindevertreterkonferenzen, 3 Gemeindevertreterkurse zu je 8 Abenden, 43 Elternversammlungen, 3 Elternrätekonferenzen, 57 Beamtenversammlungen, 27 Frauenversammlungen, 19 Kreiskonferenzen, 18 öffentliche Kundgebungen, 48 Mai- und Revolutionsfeiern, 6 Gedenk-, Einigungs- und Verfassungsfeiern, 3 Frauengruppenleiterinnenabende, 3 Lichtbildervorträge für Frauen, 4 Referentenabende, 13 Einwohner- und Mieterversammlungen, 23 Gewerkschafts-, Sozialrentner-, Angestellten-, Techniker- und Betriebsrätеversammlungen, 10 Lehrlings-, Jugend- und Arbeitersportlerversammlungen, 44 Jungsozialistenzusammenkünfte (darunter einige Kurse), 6 Bildungskurse für Genossinnen und Parteimitglieder mit zusammen 28 Abenden, 26 Festreden, Jugendweihereden, Schulentlassenen- und Frühlingsfeiern, 1 Schöffen- und Geschworenenkursus mit 3 Abenden und 1 Exkursion. Von den 1807 Veranstaltungen entfallen auf die Landtagswahl insgesamt 516 Versammlungen, die von 131 auswärtigen und 382 Dresdner Rednern bestritten wurden. Auf die neun Unterbezirke Ostsachsens verteilen sich die 1807 Versammlungen wie folgt: 1. Unterbezirk 11, 2. Unterbezirk 47, 3. Unterbezirk 57, 4. Unterbezirk 415, 5. Unterbezirk 281, 6. Unterbezirk 686, 7. Unterbezirk 70, 8. Unterbezirk 152, 9. Unterbezirk 47 und 32 Versammlungen auf auswärtige Bezirke.

Die Arbeiterwohlfahrtspflege ist gleichfalls ein Gebiet, das neu in den Arbeitsplan der Partei und Sekretäre aufgenommen wurde. Wenn die bürgerliche Wohlfahrtspflege indirekt die Armen politisch beeinflußte, dann geschah das in einem klaren politischen Erkennen. Die meisten von uns ahnen die Wirkung auf diesem Gebiete noch nicht. Das, was in Dresden geschaffen und worüber am 16. Juni in der Dresdner Volkszeitung ausführlich berichtet wurde, wird versucht, in allen Unterbezirken organisch durchzuführen, soweit die Kräfte dazu vorhanden sind.

In der Arbeiterjugendbewegung stieg die Zahl der Ortsgruppen von 81 auf 98 und die Zahl der Mitglieder von 4300 auf 5200. Weit über 7000 Veranstaltungen wurden für die Arbeiterjugend getroffen, die sehr zahlreich besucht waren.

In bezug auf die Kassenverhältnisse ist zu sagen, daß wir uns bei weitem nicht immer der Geldentwertung angepaßt haben. Wenn der Konferenz nicht ein gedruckter Jahresbericht vorgelegt wurde, so deshalb, weil der Bezirksvorstand die Mittel dazu scheute. Im kommenden Jahre werden bedeutende Mittel für die Fortführung des Kampfes benötigt. Wenn die Gemeindereform in den nächsten Tagen Gesetz wird, dann finden am 18. November die Gemeinderatswahlen statt, die in diesem Jahre von größter politischer Bedeutung sind. Sie werden uns im Verhältnis der Geldentwertung mehr Kosten verursachen als die letzten Landtagswahlen, da Gemeinderatswahlen bis zu einem gewissen Grade individuell geführt werden müssen. Ferner stehen im kommenden Frühjahr die Reichstagswahlen bevor. Bis zum November trennen uns nur noch vier Monate. Angesichts der kommenden Gemeinderats- und Reichstagswahlen unterbreitet der Bezirksvorstand der Konferenz den Vorschlag, **die Beiträge für männliche Mitglieder auf 500 M. und für weibliche Mitglieder auf 100 M. pro Woche für den Monat Juli festzusetzen.** Wirkt sich die Geldentwertung weiter aus, muß sich der Bezirksvorstand vorbehalten, für den Monat August die Beiträge zu verdoppeln.

Nachdem Redner noch die Selbstschutzfrage kurz behandelt hatte, kam er auf das Zeitungsunternehmen in der Lausitz zu sprechen. Der alte Opfersinn und Idealismus ist noch lebendig. In kurzer Zeit wurden Millionen für das zu gründende Unternehmen aufgebracht.

Wenn wir in unserm Bezirke Erfolge hatten, so lag das letzten Endes mit an jedem einzelnen Genossen. Die Leitung kann Anregungen geben, kann drängen, aber wenn niemand da ist, der die Anregungen auswirkt, dann nutzt alles Drängen nichts. Hoffen wir, daß das nächste Berichtsjahr uns mit gleicher Zufriedenheit Feststellungen machen läßt wie das vergangene. Mit einer innerlich geschlossenen Sozialdemokratie, mit einer straffen Organisation steht und fällt der Sozialismus. Erhalten wir die Organisation, befestigen wir sie und bauen an den Mauern des Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

•

Genosse Eggert betonte besonders, daß von der Partei jetzt Gebiete zu bearbeiten sind, an die früher nicht gedacht wurde. Die Erfolge in Ostsachsen sind zum großen Teil auf ein gut ausgebautes Sekretariatssystem zurückzuführen. Dieser Zustand muß trotz den schweren finanziellen Anforderungen, die an die Genossen gestellt werden, erhalten bleiben. Um allen Anforderungen gerecht werden zu können, ist ein Wochenbeitrag von 500 M. das mindeste, was eingehoben werden muß.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht eröffnet Genossin Thümmel. Sie weist darauf hin, daß die Frau im politischen Leben ein Faktor ist, mit dem heute alle Parteien rechnen müssen. Bis jetzt haben aus dem Frauenwahlrecht nur die bürgerlichen Parteien einen Vorteil gezogen. Durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien haben wir auf dem Gebiete der Agitation ein besseres Arbeiten wie vordem. Bei den Gemeinderatswahlen werde es wieder überall auf die Stimmen der Frauen ankommen. Wollen wir die Jugend gewinnen, dann ist es notwendig, daß wir vor allen Dingen erst die Mütter gewinnen. Wenn trotz allen Nöten die Zahl der weiblichen Mitglieder zugenommen habe, so wisse sie die Erfolge sehr wohl zu schätzen, sei aber mit den Zahlen der weiblichen Mitglieder noch nicht zufrieden. Unsre Genossen, die als Betriebsräte oder Betriebsvertrauensmänner tätig sind, müssen alle Mittel versuchen, die Frauen zu gewinnen und aufzuklären. Der Gedanke, daß die Frauenbewegung ein wichtiger Teil unsrer Gesamtbewegung ist, muß mehr wie bisher Gemeingut aller Genossen werden. (Bravo!)

Genosse Schulze, Königstein, begründete den Antrag des 8. Unterbezirkes auf Umarbeitung des Grundsteuergesetzes auf der Grundlage des Anhalter Grundwertsteuergesetzes. An einigen Beispielen erläuterte der Redner, welche Mittel aus der Landwirtschaft noch herausgeholt werden müssen. Würde der Antrag angenommen und ein Gesetz nach Anhalter Muster geschaffen, so würden wir die kleinen Landwirte und die gesamte Beamtenschaft für uns gewinnen können.

Genosse Eggert bemerkte hierzu, daß die Landtagsfraktion im Begriffe ist, ein Gesetz nach Anhalter Muster auszuarbeiten.

Genosse Wecker gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Apparat in Ostsachsen sich gut eingerichtet habe und ein glänzender genannt werden müsse. Er stimmte dem Genossen Eggert darin bei, daß die Sekretariate auf jeden Fall erhalten bleiben müßten. Die Arbeitsgemeinschaften der Beamten wollten weiter nichts sein als ein Sammelbecken. Die Spezialisierung in der Parteiarbeit dürfe man nicht unterdrücken. Neben der Anerkennung der Arbeit der Sekretäre dankte er im Namen des Bezirksvorstandes der Kleinarbeit der Funktionäre und Parteigenossen.

Genosse Fleißner: In der sächsischen Partei sei augenblicklich die Meinung verschieden, ob die Grundlage, auf der die jetzige Regierung steht, die richtige ist. Die Leipziger Volkszeitung nimmt gegenüber der übrigen sächsischen Parteipresse in der Selbstschutzfrage eine gesonderte Stellung ein. Redner wendet sich gegen eine vom Leipziger Bezirk verteilte Broschüre, die einige Artikel der Leipziger Volkszeitung enthält. Die Broschüre informiert die Partei im Reiche einseitig. Es wäre besser, die Leipziger Genossen würden die Vorgänge mehr vom lokalen Standpunkte betrachten. Ueber die Dresdner Demonstration enthält die Broschüre 3 Behauptungen, die mit der Wahrheit im Widerspruch stehen. In Dresden haben sich die Kommunisten bei den Vorgängen in musterhafter Weise benommen. Mit den Demonstrationen in Dresden waren die Unruhen abgeschlossen. Was in der Broschüre steht, trifft nicht auf ganz Sachsen zu. Wer die Entwicklung in Sachsen stört, vergeht sich an den Gesamtinteressen der Arbeiterschaft. Es muß endlich aufhören, über die sächsischen Verhältnisse einseitige Informationen herauszugeben.

Genosse Hennig, Weißig, wünschte, daß die Versammlungen für Jugendliche und Frauen anders aufgezogen werden, wenn man diese Kreise gewinnen will. Es müsse zum Ausdruck kommen, daß auch in der Partei künstlerische und seelische Werte vorhanden und regbar sind.

Genosse Geiser betonte, daß wir stolz sein können, die Grundlage zu einer erfreulichen Politik geschaffen zu haben. Den Bezirken, die trotz der Weisung des Landesarbeitsausschusses aus der Reihe tanzen, müsse man wegen ihres Verhaltens einen schweren Vorwurf machen und von ihnen verlangen, daß sie die vorgezeichnete Linie einhalten. Die V. S. P. D. in Sachsen hat sich noch niemals in einer so guten Position befunden wie heute. Es geht nicht, daß einzelne Genossen in und außerhalb Sachsens gegen die gefaßten Beschlüsse vorgehen, dadurch wird nur die Lage schwieriger gestaltet. Die übergroße Masse der Parteigenossen in Sachsen habe den dringenden Wunsch, daß die Grundlage der Regierung bestehen bleibt.

Genosse Kahmann ging auf die vom 8. Unterbezirk eingebrachte Entschließung ein. Obwohl die ganze Steuergesetzgebung ungemein große Mängel aufzuweisen hat, an deren Beseitigung ununterbrochen gearbeitet wird, konnte eine derartige Entwertung des Geldes nicht vorausgesehen werden. Erst nach dem Tode Rathenaus, wo der Dollar von 300 auf über 1000 emporschnellte, war es unmöglich, mit den vorhandenen Steuergesetzen auszukommen. Was im Reiche und im Lande nicht vorauszusehen war und gemeistert werden konnte, kann auch bei näherer Betrachtung nicht von der Partei gemeistert werden. Auch die Partei konnte ihre Parteisteuer nicht in dem Maße ausgestalten, wie es notwendig war. Trotzdem halte er es für dringend notwendig, daß ein Grundsteuergesetz nach Anhalter Muster geschaffen würde. Trotz allen erheblichen Widerständen, die die bürgerlichen Parteien aufbringen, werden sie zur Goldsteuer kommen müssen. Diese Goldsteuer ist in der Landwirtschaft und Industrie vollkommen berechtigt. Heute ist bereits auch das Zentrum bereit, zur Goldsteuer überzugehen.

Darauf hält Genosse Bethke ein kurzes Schlußwort, in dem er feststellen konnte, daß am Geschäftsbericht eine Kritik nicht geübt wurde.

15

Die Familie Frank

Roman von Martin Andersen Nexö

Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Hermann Kiy

„Ja, du kannst's mir glauben! Ich habe obendrein seine Kleider hineingelegt — seine Bettsachen und Taschentücher. Es stank nach Branntwein, so daß ein Schwein sich hätte übergeben müssen; aber meinst du, er hätte es getan? Er hat sich daran geweidet und wußte nicht, auf welchem Bein er stehen sollte."

Svisa knaupelte ein wenig; ihre Eberzähne bewegten sich längs der Oberlippe hin und her.

„Hast du versucht, eine Kreuzotter in Branntwein krepieren zu lassen und ihm das Zeugs einzugeben?"

„Nein."

„Dann solltest du es tun. Hilft das auch nicht, so müssen wir's mit Branntwein mit Leichenschweiß drin versuchen. Das hilft immer."

Diese beiden Hausmittel kannte Madam Frank, die aus dem Städtchen gebürtig war, noch nicht, und sie fing an, Respekt vor Svisa zu bekommen, namentlich als diese eine richtige, lebendige Kreuzotter zum Vorschein brachte, die sie gefangen zu haben vorgab, während sie in Wirklichkeit Ringelnattern, Kreuzottern und andres Gewürm von den Hütejungen draußen auf dem Lande aufkaufte.

Madam Frank erwarb die Kreuzotter und die Flasche, in der sie sich befand, für eine Krone und begab sich auf den Heimweg, ein wenig bedrückt über die große Ausgabe.

Sie wagte fast nicht zu glauben, daß es wirken werde. Wenn es nun aber doch wirkte, so daß Frank ein ordentlicher Mensch wurde, vielleicht auch das Geschäft wieder in Gang brachte und ein richtiger Mann wurde, wie die Natur ihn wollte, der nicht da saß und angebranntes Essen hinunterschluckte, ohne zu mucken! Sie sah im Geiste, wie er mit dem Knöchel auf den Tisch hieb und schwur, nun solle es, der Teufel möge ihn holen, ein Ende haben mit dem Waschen für die Leute. Vielleicht gab er ihr auch eine Backpfeife.

Bei diesen Gedanken durchzuckte sie ein Schauer von Wohlbehagen.

Vielleicht kamen auch die Nachbarinnen gelaufen und erzählten ihr, ihr Mann treibe seine Scherze mit dieser oder jener. Aber was machte sie sich daraus!

Frank war ein Mann, das sollten sie erfahren. Er ging nicht vor der Fuhre her, halb im Schlaf, und knaupelte nicht wie ein Brauerochse — wie ihre einfältigen Männer — —

9.

Vierzehn Tage waren verstrichen.

In dem Frankschen Hause war man noch früher auf den Beinen als gewöhnlich; schon vor Sonnenaufgang riß Madam Frank Türen und Fenster auf und verursachte einen Durchzug, als wollte sie alles Lebendige zur Tür hinausjagen.

Die Luft im Hause war in unheimlichem Grade gewitterschwanger, und Meister Frank hielt es nicht für ratsam, die Vorsehung dadurch herauszufordern, daß er liegen blieb, um so mehr, da der Junge sich schon beim ersten Tagesgrauen aus dem Staube gemacht hatte, so daß niemand anders da war als er, über den das Unheil hereinbrechen konnte.

Er verstand seine Frau nicht.

In der vorigen Woche hatte sie einen ganzen Liter Branntwein in die Speisekammer gestellt und ihn selbst zu trinken genötigt — sie, die sonst aufpaßte wie ein Luchs. Das war ja noch besser als in den guten, alten Zeiten, an die er immer mit Kummer zurückdenken mußte. Aber er hatte ihre Aufmerksamkeit auch anerkannt und es sich zu Hause gemütlich gemacht; denn was brauchte man wohl hinauszurennen, wenn man es zu Hause gut hatte.

Darin mußte man nämlich dem Pfarrer recht geben, daß die Frau es verstehen mußte, ihren Mann zu Hause zu halten.

Und sie hatte es so gut mit ihm gemeint und sich obendrein erkundigt, wie es ihm bekomme.

Aber als dieser Branntwein dann zu Ende war und er mehr haben wollte, da war sie fuchsteufelswild geworden und hatte ihn ungeheuerlich beschimpft. Na, ärgerlich war das, und dann hatte sie ihn derart bewacht, daß er weder Tag noch Nacht aus dem Hause entwischen konnte.

Und wenn er wenigstens noch gesund gewesen wäre! Aber er war krank, wirklich krank. Nie hatte es so wie heute in seinem Halse gebrannt, die Glieder hatten ihn geschmerzt, und in seinem Kopf hatte sich etwas ganz blödsinnig gedreht.

Obendrein war heute doppelter Feiertag. Der Ruhetag des Herrn und der Tag der dänischen Verfassung. Gott und der König hatten im Verein diesen Tag gestiftet, damit Frieden wäre auf Erden — und den Menschen ein Wohlgefallen. Aber vielleicht kam er nicht einmal heute hinaus, und es war doch Verfassungsfest, und er sollte vielleicht ein paar Worte sprechen! O Herrgott!

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Es war allerdings Madam Franks Absicht, ihren Mann zu Hause zu halten — heute und alle Tage, bis er sich das Trinken abgewöhnt hatte. Und als er zu ihr kam und sich erbot, für sie die Straße zu fegen, schlug sie das rundweg ab. Sie wollte ihm doch nicht freiwillig ein Türchen offen lassen.

Und über ihre Schwelle sollte kein Alkohol kommen, das hatte sie sich gelobt, und sie beabsichtigte, diesen Schwur zu halten, mochte er nun das Delirium kriegen oder krepieren. Und das Delirium kriegte er, ob zum Teufel er trank oder nicht, das war sicher; es glotzte ihm schon aus den Augen.

„Leichenschweiß!" hatte Svisa gesagt, aber daraus durfte nich's werden; sie wollte ihn nicht mehr mit starken Sachen füttern. Hatte er das Kreuzotterngebräu nicht hinunter geschluckt wie Sirup?

Aber nun sollte er arbeiten, das sollte er, und wenn sie ihre eigene Arbeit versäumen und ihn mit dem Besenstiel antreiben mußte.

Madam Frank war zum Aeußersten gebracht. Müde wie sie von dem jahrelangen Kampf war, hatte sie ihrer Phantasie zu gerne die Zügel gegeben und darauf gehofft, daß das Kreuzotterngift Wunder wirken werde. Ein einziges Mal hatte sie ihre bittere Skepsis aufgegeben und sich in den wildesten Phantasien getummelt — von einem gemütlichen Heim, häuslichem Frieden, ordentlichen Kleidern und Gelegenheit zum Ausruhen.

Aber jetzt lag alles in Fetzen da, und sie streckte vor sich selber die Zunge heraus, während die Erbitterung ihr im Halse saß und sie fauchen ließ, sobald sie den Mund auftat.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230628/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Antrag des 8. Unterbezirks auf Umarbeitung des Grundsteuergesetzes wurde für erledigt erklärt, da es bereits in Bearbeitung ist. — Ein vom 4. Unterbezirk eingebrachter Antrag über die Arbeitsgemeinschaften wurde ebenfalls als erledigt erklärt.

Der Antrag Hennig, Leipzig (4. Unterbezirk): „Die V. S. P. D. Ostsachsen wolle sich bei der Regierung dafür einsetzen, 1. daß nicht nur die Hoheitszeichen, sondern auch die im öffentlichen Besitz befindlichen Denkmäler der Monarchenzeit entfernt werden, soweit sie künstlerisch wertlos, also schädlich sind, und 2. daß deren hochwertige Materialien, wie etwa Bronze, nach Möglichkeit zu Symbolen des Volksstaates und der Arbeit umgeschaffen werden. Zur Feststellung des künstlerischen Wertes oder Unwertes empfiehlt sich die Schaffung einer Körperschaft für öffentliche Denkmalpflege, in der etwa die Staatsregierung, die Gemeinden, die sächsische Künstlerschaft, die Fraktionen des Landtages und die Vereine Heimatschutz und Dürerbund vertreten wären. Diese Körperschaft hat in allen Fällen das Recht, in strittigen die Pflicht, sich gutachtlich zu äußern", wurde der Landtagsfraktion überwiesen.

Der Antrag des Bezirksvorstandes auf Erhöhung des Wochenbeitrages von 500 M. für männliche und 100 M. für weibliche Mitglieder wurde einstimmig angenommen.

Statutenänderung

Genosse Eggert behandelte hierzu in längeren Ausführungen die vorliegenden Anträge, worüber sich eine ausführliche Debatte entspann, an der sich die Genossen Krüger, Dresden-Neustadt, Schuster, Bautzen, Edel, Dresden, Richter, Löbau, und Bethke, Dresden, beteiligten.

Der hierzu vorliegende Antrag des 4. Unterbezirks wurde gegen 32 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Bezirksvorstandes auf Erhöhung der Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstandes von 15 auf 21 und des engeren Bezirksvorstandes von 4 auf 7 gegen zwei Stimmen angenommen.

Zu § 9 des Statuts wurde beschlossen, daß zur Bezirkskonferenz auf je 1000 Mitglieder ein Vertreter entfällt. Ist der verbleibende Rest größer als 500 Mitglieder, kann der Unterbezirk einen weiteren Vertreter entsenden. ar.

Ein Brief an die Finsterlinge

In der Südlausitz ist ein von Orthodoxen allen Grades inszenierter und geschürter Schulstreik ausgebrochen, mit dem man ausgesprochenermaßen vom Kultusministerium das Zugeständnis „ertrotzen" will, daß in Sachsen die Volksschulen noch konfessionell seien, und daß daher die bekannte Gebetsverordnung glatt aufgehoben werden müsse. Führer dieser Trotzerei ist ein Herr Hocke in Kloster Marienthal. Dieser Herr hat vor kurzem einen Brief erhalten, den wir der Oeffentlichkeit mitteilen möchten, weil er von großem allgemeinen Interesse und nach Form und Inhalt sehr nett geschrieben ist. Die Sächsische Volkszeitung, das biedere Zentrumsblatt, sieht sich genötigt, den Brief wiederzugeben. Er lautet:

Zittau, den 18. 6. 1923.

Herrn Franz Hocke,
Kloster Marienthal.

Bezugnehmend auf Ihr „Eingesandt" in den heutigen Zittauer Nachrichten kann ich nicht umhin, Ihnen einiges zu erwidern, sowie Ihnen in der Einlage einiges Material aus Zeitungen, die Ihnen wahrscheinlich nicht zu Gesicht kommen, zu Ihrer Orientierung mitzusenden.

Es ist an sich zwar unlohnend und belanglos, sich in einen Streit zu mischen, der ausgerechnet gerade in einem derartigen Krähwinkel rückschrittlicher Finsterlinge und unverbesserlicher Spießbürger entbrannt ist, wie es Ostritz und Umgebung ist, doch vielleicht ist es gut, wenn derartige Herrschaften einmal etwas in ihrem Dornröschenschlaf aufgerüttelt werden. Die Zeit und die Welt wird hinwegschreiten über Menschen, die der Entwicklung im Wege stehen und den Fortschritt aufhalten wollen.

Ein großer deutscher Philosoph hat die Worte geprägt: „Erst dann wird die Welt wahrhaft fortgeschritten sein, wenn sie den Kindern erst vom 15. Lebensjahre an von Religion erzählt."

Die Schule aber, mein lieber Herr, ist dazu da, nicht um religiöse Bekenntnisse zu lehren, sondern um die Kinder vorzubereiten auf ihr späteres Leben in Beruf und Welt. Mehr denn je haben in unsrer materialistischen jetzigen Welt die jungen Menschenkinder, wenn sie die Schule verlassen, eine Vorbildung nötig, die es ihnen ermöglicht, sich anpassen zu können an die Verhältnisse, die nun einmal da sind.

Ihr wollt beten und singen. Wollt die Kinder in Stumpfsinn und mittelalterlicher Voreingenommenheit halten, anstatt sie heizeiten zu erhellen.

Was in andern Ländern schon längst Tatsache ist, die Trennung von Kirche und Staat, das wollt Ihr gewaltsam verhindern. Oh, Ihr Pharisäer und Schriftgelehrten! Euren Kindern wollt Ihr lehren „Sei untertan der Obrigkeit", und selbst schert Ihr Euch den Teufel etwas um die Verordnung einer Regierung. Das ist Heuchelei und nicht christlich. So Euch aber unser liebes deutsches Vaterland nicht orthodox genug ist, warum wandert Ihr nicht aus in finstere Länder, meinetwegen Spanien? Niemand würde um Euch moderne Pilze trauern, die der Sonne im Wege stehen.

Richten Sie Ihre Blicke westwärts nach Amerika, dort ist Religion vollständig Privatsache, ein jeder wird tatsächlich nach seiner Façon selig. Keine Schule darf Religion lehren, sondern das geschieht in den religiösen Gemeinden. Dort sitzen Angehörige aller Bekenntnisse friedlich nebeneinander auf der Schulbank. Sie werden nicht behaupten können, daß Amerika Menschen erzieht, die deswegen weniger brauchbar in der Welt wären. Das Gegenteil ist der Fall. Das orthodoxe rückschrittliche Europa zerfleischt sich in unendlichen Kriegen trotz seinen „Christen", die keine sind, sondern in Wirklichkeit nur Kirchenmachtpolitik erstreben.

Letzten Endes, lieber Herr, möchte ich Ihnen eben ganz besonders betonen, daß es Euch gar nicht darum zu tun ist, die Kinder religiös zu erziehen, wie Ihr Euch so schön ausdrückt, sondern darum die Macht der katholischen Kirche auch in der Schule zu erhalten. Doch die Weltgeschichte lehrt in dem Beispiel Rußlands, daß auch eine noch so orthodoxe Geistlichkeit, mag sie auch mit den raffiniertesten Mitteln und skrupellosester Frechheit Volksverdummung gearbeitet haben, im Handumdrehen vom Erdboden verwischt werden kann. Dieses Schicksal gönne ich Leuten Eures Schlages von Herzen.

Doch sind Sie dessen gewiß, mein lieber Herr, 100 Jahre sind wohl für uns Menschen eine Ewigkeit, nicht aber im Weltbestehen, und auch über Ihr Grab wird dereinst Jugend schreiten, welche lächeln wird über die Nichtigkeit, über die Sie gestritten haben.

Alte Menschen können schwer umlernen, das verlangt auch niemand, aber sie sollten wenigstens den jungen nicht im Wege stehen.

Also Platz gemacht, mein lieber Herr, für eine freiere Atmosphäre, oder mitarbeiten an dem Aufbau und Erziehung vernünftiger Welt- und Menschenkinder. Streift sie ab, Eure mittelalterliche Befangenheit und Voreingenommenheit, die nur alten Weibern und dekadenten Greisen Befriedigung gewähren kann.

Seid überzeugt, wenn Jesus wiederkäme und sähe, was Ihr aus seiner Lehre gemacht habt, er würde Euch allzumal, wie damals die Pharisäer und Schriftgelehrten, aus dem Tempel jagen. Ihr aber würdet ihn wahrscheinlich genau so kreuzigen und schinden wie Jesus einst geschunden wurde. Denn Ihr seid Finsterlinge und keine Christen. Ihr wollt das Licht nicht, sondern die Finsternis.

Oh, wenn Ihr doch alle bald kaltgestellt würdet!

Das, mein lieber Herr, sagt Ihnen einer in Demut, der das Christentum anders auffaßt als Sie. Sie brauchen mir deswegen keine Absolution erteilen, ich werde noch meiner Façon wahrscheinlich seliger als Sie.

Gott grüße Sie, Herr Finsterling."

Die Reichsregierung zum Schulstreik

In der Frage des Schulgebets, die den Anlaß zum Südlausitzer Schulstreik gegeben hat, hatten deutschnationale Reichstagsabgeordnete eine Anfrage an den Reichsminister des Innern gerichtet. Auf diese Anfrage hat der Reichsminister Oeser unter dem 20. Juni schriftlich folgendermaßen geantwortet:

„Wegen des Verbots, außerhalb der Religionsstunden zu Beginn und am Schlusse des Unterrichts ein Schulgebet zu sprechen, stehe ich seit längerer Zeit mit dem sächsischen Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts in Verhandlungen, ohne bisher ein Einvernehmen erzielt zu haben. Nachdem das Bezirksschulamt in Zittau für die Volksschulen von acht Gemeinden seines Bezirks, die von etwa 700 fast ausschließlich am Religionsunterricht teilnehmenden katholischen Kindern besucht werden, das Schulgebet durch besondere Verfügung verboten hat, werde ich umgehend bei der sächsischen Landesregierung erneut vorstellig werden."

Sachsen

Der Geldbedarf der Staatsunternehmungen

In gemeinsamer Sitzung der Ausschüsse A und B des Landtags wurde am Mittwoch über die Geldbeschaffung für den Kapitalbedarf der staatlichen Unternehmen beraten.

Finanzminister Heldt erbrachte zunächst den chronologischen Nachweis der sich immer mehr häufenden Schwierigkeiten, die dem Ausbau unsrer werdenden Betriebe entgegenstehen. Es ist ja an dieser Stelle schon mitgeteilt worden, daß die unsre staatlichen Betriebe betreffenden Gesamtplanungen bei einem Dollarstand von 20 000 bis Ende 1924 etwa 350 Milliarden Kosten verursachen würden. Es mußten deshalb die Planungen auf einen Kostenstand von 75 Milliarden reduziert werden. Der Minister beleuchtete namentlich die Elektrizitäts- und Kohlenunternehmungen des Staates. Hier galt es, das Reich für unsre staatlichen Werke zu interessieren, namentlich für den Aufschluß und weiteren Ausbau des Braunkohlenwerks Böhlen, dessen Kohlenerträgnisse für die gesamte Volkswirtschaft von größter Bedeutung sein werden, zumal ja die deutsche Industrie, um die Unabhängigkeit von der englischen Kohle zu erreichen, immer mehr zum Braunkohlenverbrauch übergeht, und da das Reich in Sachsen die Elektrisierung von Eisenbahnen plant, eine Absicht, die in Sachsen schon aus dem Grunde leichter durchzuführen ist als in andern Ländern, weil in Sachsen die Braunkohlenbestände in der Hand des Staates und nicht in den Händen zahlreicher Privatunternehmer, wie in andern Staaten, sich befinden. Der Staat führte, um Reichsmittel für seine Betriebe zu erhalten, zunächst Verhandlungen mit dem Reichsschatzministerium, als dieses aufgelöst wurde, suchte er Fühlung mit dem Reichsfinanzministerium, und als sich auch hier Schwierigkeiten ergaben, mit dem Reichsverkehrsministerium. Hier wird der Erfolg sicherlich nicht ausbleiben. Leider brachten rückläufige Konjunktur, die damit verbundene Arbeitslosigkeit und namentlich die Ruhrbesetzung erneute große Schwierigkeiten. Es ist zu verstehen, daß bis zum Ende der Ruhrbesetzung nicht übersehen werden kann, in welcher Weise sich die Beteiligung des Reiches vollzieht. Bis dahin heißt es also für den Staat zu laborieren und hinhaltend zu operieren. Der einzelne Bundesstaat kann eben nichts anders machen, so lange die Reichsverhältnisse so katastrophal sind wie jetzt. Wir könnten ja nun einstweilen unser Staatsvermögen angreifen, könnten vielleicht auch mit dem Holzeinschlag weitergehen. Doch von diesem Raubbau möchte auf alle Fälle abgesehen werden. Es muß deshalb bis zum Uebereinkommen mit dem Reich versucht werden, Geld auf dem Wege von Anleihen (Kohlenanleihen, Roggenanleihen!) zu beschaffen.

Notwendig wird es sein, unsre Elektrizitätsunternehmen vorderhand in Aktiengesellschaften umzuwandeln, in denen aber der Staat zusammen mit den Gemeinden und dem Reich die sichere Mehrheit und damit die Führung und das Hauptbestimmungsrecht hat. Dadurch dürfte einmal erreicht werden, daß der Staat beim Reich leichter etwas durchzusetzen in der Lage ist, und zum andern steht dem Staat der Zugang zur Börse offen. Die Kohlenunternehmen sollen bei der Bildung von Aktiengesellschaften ausgeschaltet werden. Hier soll versucht werden, mit dem Reich einen langjährigen Vertrag abzuschließen, um die Kohlenversorgung für die Elektrizitätsunternehmen sicherzustellen. Den geplanten Ausbau der kleineren staatlichen Unternehmen (Oberschlema, Hütten, Porzellanmanufaktur usw.) können wir wahrscheinlich vollenden. Das ist auch schon deshalb eine Notwendigkeit, weil diese Unternehmen dann ja viel lukrativer zu arbeiten in der Lage sind. Schwierigkeiten verursacht eben nur der Ausbau der Kohlen- und Elektrizitätsunternehmen, und deshalb soll die Umwandlung der letzteren in Aktiengesellschaften erfolgen. Ferner wurde gefordert, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert zu erheben u. a. m. Die Kommunisten wünschten den Verkauf von Wertsachen aus dem Grünen Gewölbe und eine Zwangsanleihe. Dinge, die selbstverständlich jetzt nicht realisierbar sind. Hinsichtlich des Grünen Gewölbes beispielsweise muß bekanntlich erst die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen sächsischen Königshause erfolgt sein. Eine lebhafte Aussprache entwickelte sich dann bei der Behandlung des Kapitels 10 (Braunkohlenunternehmungen) des Haushaltplanes. Aus dem Ausschuß wünschte man den weiteren Ausbau des Böhlener Werkes, wenigstens den Bau der Siedlungsbauten und der Brikettfabrik, und zwar mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter und der vielen in Böhlen bereitliegenden Materialien. Wünsche in bezug auf Trockenräume und organisatorische Mängel wurden von der Regierung zur Kenntnis genommen. Eine diesbezügliche Eingabe der arbeitslosen Bauarbeiter Leipzigs wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Schließlich wurde noch eine Eingabe der Städte Thum, Ehrenfriedersdorf und Geyer, Straßenbahnwünsche betreffend, der Regierung zur Kenntnis übergeben.

Die Strafbefugnis der Bürgermeister und Gemeindevorstände

Die Regierung hat dem Landtage eine Vorlage zugehen lassen, nach der die Bürgermeister der mittleren und kleinen Städte sowie die Gemeindevorstände und Gutsvorsteher befugt sind, Uebertretungs-, Ordnungs- und Zwangsstrafen in demselben Umfange anzudrohen und festzusetzen, wie die Amtshauptmannschaften, und die Verwaltungsbehörden ermächtigt werden, Geldstrafen wegen Uebertretungen bis zum Höchstbetrage von 300 000 M. festzusetzen.

Durch das am 1. Mai 1923 in Kraft getretene Geldstrafengesetz des Reiches vom 27. April 1923, Artikel III und V, wurde die Ermächtigung der vorgenannten Bürgermeister und der Vorstände der größeren Landgemeinden sowie der Vorstände der übrigen Landgemeinden und der Gutsvorsteher, Uebertretungs-, Ordnungs- und Zwangsstrafen in Geld anzudrohen und festzusetzen, auf 75 000 bzw. 30 000 M. festgesetzt. Nach den sächsischen Erfahrungen und den neuzeitlichen Anschauungen ist es unbedenklich, die Strafbefugnis dieser Behördenvorstände derjenigen der Amtshauptmannschaften anzugleichen. Da Artikel III und V des Reichsgeldstrafengesetzes Zweifel zulassen, ob seit dem 1. Mai laufenden Jahres die Befugnis der Amtshauptmannschaften, Geldstrafen wegen Uebertretungen anzudrohen oder festzusetzen, bis 300 000 oder nur bis 150 000 M. reicht, hat die Vorlage des Landtages nach Artikel V des Gesetzes vom 27. April 1923 noch ausdrücklich die Strafbefugnis dieser Behörden bis zur Höhe von 300 000 M. Geldstrafe ausgesprochen.

Die Vorausbezahlung der Beamtengehälter

In der bürgerlichen Presse wird gemeldet, daß das Gesamtministerium die vierteljährliche Vorausbezahlung der Gehälter für den 1. Juli abgelehnt habe. Die Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Eine endgültige Entschließung über diese Frage ist noch nicht gefaßt; es wird am Freitag weiter darüber verhandelt werden.

Dresdner Chronik

Steigende Preise, niedrige Löhne!

Die Wirkung des katastrophalen Marksturzes hält unvermindert an. Die Industrie- und Handelszeitung stellt für die vergangene Woche eine 30prozentige Preissteigerung im Großhandel fest, dem der Kleinhandel immer auf dem Fuße folgt. Leider muß immer wieder gesagt werden, daß dieser sprunghaften Steigerung gegenüber die Löhne und Gehälter ein fabelhaftes Beharrungsvermögen besitzen. Zwar hat die Reichsregierung die Erklärung veröffentlichen lassen, **„daß es nunmehr eine billige Aufgabe aller beteiligten Kreise und Behörden sein muß, die Löhne der gesunkenen Kaufkraft anzupassen"**, aber in der Praxis merkt man nur wenig von der Befolgung dieses Grundsatzes. Eine ganze Reihe Streiks und Teuerungskrawalle in den verschiedensten Landesteilen wäre mit allen unangenehmen und bedauerlichen Begleiterscheinungen erspart geblieben, wenn die Anpassung der Löhne an die gesteigerten Preise nicht wochenlang verschleppt und von einer Schlichtungsinstanz zur andern hinausgezogen würde. Gelangt schließlich die Lohnerhöhung zur Auszahlung, dann ist inzwischen die Entwertung soweit fortgeschritten, daß von einem Ausgleich nicht mehr gesprochen werden kann. Während sich die Industrieprodukte, Nahrungsmittel und alle Artikel des Massenkonsums restlos dem steigenden Dollarkurse anpassen, bleiben die Lohnbezüge weit hinter dem jeweiligen Teuerungsstande zurück.

Für die nächste Zeit ist eine Aenderung in den Verhältnissen kaum zu erwarten. Selbst wenn die Mark nicht weiter fällt, dürfte die Steigerung der Lebenshaltungskosten anhalten. Dazu kommt, daß die Getreidebewirtschaftung zu Ende geht und die Brotpreise infolgedessen ganz beträchtlich steigen werden. So sehen wir auf der ganzen Linie eine fortwährende Preissteigerung aller zum Leben notwendigen Dinge. Wird demgegenüber die alte Taktik der Lohnverzögerung fortgesetzt, dann dürfte die Erbitterung der Volksmassen einen bedrohlichen Grad erreichen. Ist das Unternehmertum selbst nicht bereit, die Löhne und Gehälter beschleunigt der Teuerung anzupassen, dann hat die Reichsregierung die Pflicht, **durch gesetzliche Zwangsmittel nachzuhelfen.** Nur dadurch, daß die Anpassung der Löhne schnell und in umfassender Weise geschieht, dürfte das Wirtschaftsleben vor gefährlichen Erschütterungen bewahrt werden.

Neue völkische Kampfmethode

Es wird uns geschrieben: Ich bin Leiter einer kleiner Gemeinde mit sozialistischer Mehrheit im Gemeinderat. Mit den Posteingängen der letzten Tage flog mir ein Streifband vom Postamt Dresden 13, zu, das den Völkischen Beobachter vom 3. April enthielt. Nun ist es ja nicht so schlimm, wenn man kostenlos den Sumpf der bayerischen Reaktion zu riechen bekommt, aber daß zugleich der hiesige Polizeibeamte, der glücklicherweise ebenfalls Sozialist ist, eine solche Werbenummer erhielt, gibt zu denken.

Wenn die Nationalsozialisten Bayerns die widerwärtige sozialistische Hochburg Sachsen durch das Pousieren der öffentlichen ländlichen Organe unterminieren wollen, so soll ihnen schon Mores gelehrt werden. Uebrigens zeichnet in diesem „teutschen" Blatt als Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik ein Herr Alfred Rosenberg (?).

Untermiete und Miete für Gewerberäume

Der Rat zu Dresden, Ortsmietenamt, teilt uns mit:

Unter Berücksichtigung der Miete, die der Hauptmieter zu zahlen hat, und der Steigerung der Möbel- und Wäschepreise ist die

gesetzliche Untermiete

für die Zeit vom 1. Juli 1923 an für möblierte Räume auf das

550fache der Friedensmiete

festgesetzt worden. Soweit eine Friedensmiete für den möblierten Raum im Einzelfalle nicht feststeht, ist der Mietzins zugrunde zu legen, der vor dem Kriege für möblierte Räume gleicher Art einschließlich Bedienung üblich war. Bei Hergabe der Wäsche erhöht sich der Mietzins um das 100fache der Friedensmiete. Hierzu treten angemessene Vergütungen für Bedienung, Frühstück, Beleuchtung, Wäschewaschen und Heizung.

Bei leer vermieteten Räumen ist von dem Friedensmietzins des leeren Raumes auszugehen. Steht ein solcher nicht fest, so ist die Friedensmiete der gesamten Wohnung durch die Quadratmeterzahl des gesamten in der Wohnung vorhandenen nutzbaren Wohn- und Schlafraumes (unter Ausschaltung von Vorsaal, Küche und sonstigen Nebenräumen) zu teilen; so ergibt sich der auf ein Quadratmeter nutzbaren Wohn- und Schlafraumes entfallende Friedensmietzins. Der auf den leer vermieteten Raum entfallende Friedensmietzins ergibt sich dann nach Maßgabe seiner Quadratmeterzahl. Es wird empfohlen, daß allenthalben bei leer vermieteten Räumen die Parteien sich über den Friedensmietzins einigen, da der Mietzins künftig in einem Vielfachen dieses Friedensmietzinses ausgedrückt werden wird. Für die Zeit vom 1. Juli 1923 an ist für leer vermietete Räume das 510fache des Friedensmietzinses leer vermieteter Räume zu zahlen. Hierzu ist je nach Lage und Beschaffenheit des Raumes ein Zuschlag bis zu 50 Prozent zulässig.

Die Vorschriften gelten auch bei Zivileinquartierung, und (nach § 14 Abs. 2 RMG.) auch dann, wenn der Hausbesitzer einen Teil der von ihm selbst im Hause benutzten Räume vermietet hat. Jedoch ist bei Zivileinquartierung in leeren Räumen in der Regel ein Zuschlag zum 510fachen der Friedensmiete nicht zu zahlen. In besonderen Fällen, in denen die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen eine schwere Unbilligkeit bedeuten würde, kann das Mieteinigungsamt die Untermiete abweichend regeln.

Bei Zwangseinquartierung ist ein solcher Zuschlag in der Regel nicht zu zahlen.

Nachzahlungen des Hauptmieters für Betriebskosten, laufende Instandsetzungsarbeiten und Zahlung der Wohnungsbauabgabe hat der Vermieter nach dem Verhältnis, in dem die von ihm gemietete Fläche zu der Fläche der ganzen Wohnung (wobei Vorsaal, Küche usw. nicht einzurechnen sind) steht, anteilig zu tragen. Die Berechnung des Anteils erfolgt nach dem gleichen Verfahren, das oben bei der Berechnung des Friedensmietzinses der leeren Räume geschildert ist (das heißt: Es ist zunächst zu berechnen, wieviel von dem Nachzahlungsbetrage des Hauptmieters auf das Quadratmeter nutzbaren Wohn- und Schlafraumes entfällt).

Die Pressenachricht über die gesetzliche Miete bei

Gewerberäumen

ist, wie sich gezeigt hat, mißverstanden worden. Man hat sie so aufgefaßt, als sei für Gewerberäume ein besonderer Verwaltungskostenzuschlag festgesetzt, der für Wohnräume nicht besteht. Dies ist irrig. Vielmehr ist der Verwaltungskostenzuschlag für Gewerberäume bei einer Friedensmiete bis 170 M. der gleiche wie

Färbe zu Hause

alle Kleider, Blusen, Gardinen usw. **nur** mit den weltberühmten echten **Heitmann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern.**

Heitmann's Farbe spart den Färber.

Vertretung und Lager: R. Uhlig, Dölzschner Straße 48. Tel 20406.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230628/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

bei Wohnräumen, nämlich das Achtfache der Grundmiete. Dagegen ist er bei Gewerberäumen mit höherer Friedensmiete infolge Anordnung des Justizministeriums niedriger als bei Wohnräumen. An Stelle der acht Grundmieten, die bei Wohnräumen als Verwaltungskostenzuschlag einzusetzen sind, sind bei Gewerberäumen vielmehr einzusetzen:

bei einer Friedensmiete der fraglichen Räume von mehr als 170 bis 300 M.: einheitlich jährlich 1360 M.;
bei höherer Friedensmiete jährlich zwei Grundmieten.

Drei Tote bei einem Autounglück

Gestern abend gegen 10 Uhr hat sich in Grumbach bei Wilsdruff ein schweres Autounglück zugetragen. Eine von Dresden kommende Autodroschke, die vom Besitzer, einem Dresdner, selbst geführt wurde, rannte in schnellster Fahrt mitten im Ort an einem Baum. Der Führer hatte die enge Kurve der Staatsstraße übersehen. Er versuchte nun im letzten Augenblick den Wagen herumzureißen, trotzdem prallte dieser an einen starken Baum, riß diesen um und überschlug sich. Der Besitzer des Autos, ein Fahrgast sowie der Chauffeur und dessen Ehefrau kamen unter den Wagen zu liegen. Der Fahrgast und die Frau waren sofort tot, der Droschkenbesitzer liegt im Sterben, während der Chauffeur mit leichteren Verletzungen davongekommen ist. Das Auto ist vollständig in Trümmer gegangen.

Eine Straßenbahnfahrt 1600 Mark

Am 1. Juli treten neue Fahrpreise in Kraft. Nach der Bekanntmachung kostet eine Fahrt innerhalb der Stadt 1600 M., bis Nordgrundbrücke 1600 M., nach Weißer Hirsch-Bühlau 2400 M., im Nachtwagen doppelt soviel, also 3200 M. und 4800 M. Kinder 800 M. am Tage, nachts genau so viel wie Erwachsene. — Eine Fahrt mit der Drahtseil- oder Schwebebahn aufwärts kostet 2800 Mark am Sonntag, 1200 M. am Wochentag, eine Fahrt abwärts 1200 M. Es werden ausgegeben: übertragbare Fahrkarten zu 6 Einzelfahrten für 9000 M., übertragbare Hefte mit 12 Fahrscheinen für 14 500 M., übertragbare Hefte mit 25 Fahrscheinen für 32 000 M., nicht übertragbare Hefte für Schüler und Lehrlinge mit 25 Fahrscheinen für 24 000 M., übertragbare Karten für Kinder unter 14 Jahren zu 10 Einzelfahrten für 6500 M., nicht übertragbare Monatskarten für eine Linie für 115 000 M., für alle Linien für 178 000 M.

Der Meißner Kindesmord vor Gericht

Eine entsetzliche bestialische Tat kam am Mittwoch vor der sechsten Strafkammer des Dresdner Landgerichts (als Jugendstrafsache) zur Verhandlung. Wegen vorsätzlicher Tötung eines Menschen hatte sich das am 15. September 1904 zu Meißen geborene Dienstmädchen Elsa Margarete Thomas zu verantworten. Die jugendliche Angeklagte war beschuldigt, am 24. Februar 1921 im Grundstück des Möbelhändlers Sturz in Meißen den Tod der vierjährigen Elfriede Bergner aus Düsseldorf vorsätzlich herbeigeführt zu haben, indem sie das Kind so lange in den bis zum Rande gefüllten Abortschlot hineindrückte, bis der Tod eingetreten war. Das Kind, die einzige Tochter eines Freundes, weilte bei der Familie Sturz zum Besuch. Ueber das kleine Mädchen will sich die Angeklagte oftmals geärgert haben. Eines Tages war die Thomas auch bei einer Nascherei ertappt worden. Die Bergner hatte mehrfach gesagt, sie wolle das der Mutter erzählen. Am 24. Februar 1921 war das Kind im Nachbarhaus spielen, mittags hatte die Thomas Auftrag erhalten, die Bergner zum Essen herüberzuholen. Diesen Auftrag führte die Thomas auch aus und fragte dabei das Kind nochmals, ob es ruhig sein wollte, und da dies verneint worden sei, habe sie im Hausflur einige Schläge ausgeteilt. Dabei sei die B. hingefallen, habe sich eine Kopfverletzung zugezogen und heftig geweint. Wegen des Weinens will Angeklagte das Mädchen auf den Hof geführt und ihm schließlich die Mütze über Kopf und Gesicht gezogen und es dann in den bis zum Rande gefüllten Arbeiter-Abortschlot hineingesteckt haben. Die Mütze will Angeklagte deshalb so tief in das Gesicht gezogen haben, damit die kleine Bergner nicht sah, wo sie hineingesteckt würde. Da das Kind auf Befragen erst recht geweint und gesagt habe, es werde alles der Mutter sagen, da der Körper zappelte und die Beine lebhaft strampelten, so will Angeklagte den Körper so weit und so tief in den Schlot gepreßt haben, daß nur noch die Füße mit den Schuhen zum Abortsitze herausragten, dann sei sie erst weggelaufen, als das Strampeln und Zappeln aufgehört habe. Vorsitzender: Weshalb wurde das kleine Mädchen völlig in den Schlot hineingepreßt? Angeklagte: Der Kopf steckte doch bereits im Kote, da wäre es doch erst recht herausgekommen, was ich gemacht hatte, deshalb wollte ich Elfriede unschädlich machen. (Bewegung im dicht gefüllten Zuhörerraum.) Das Kind wurde später gesucht und die Angeklagte beteiligte sich dabei, aber erst am Nachmittage wurde es gefunden. Zwei Mann waren nötig, den kleinen Körper aus dem Abortschlot zu ziehen.

Die Angeklagte schilderte, daß sie sofort als Täterin verdächtigt worden sei, aber alles entrüstet abgestritten habe. Mitte März dieses Jahres sei sie festgenommen worden. Der Zeuge Möbelhändler Sturz erklärte, die Angeklagte sei ganz kaltblütig gewesen, sie habe nach Entdeckung des Verbrechens zu seiner Frau gesagt, warum sie so aufgeregt sei. Er bezeichnete die Angeklagte als verlogen, die Tat hat sie begangen, weil sie sich über das schöne Kind geärgert habe. Regierungs-Medizinalrat Dr. Oppe, der Dresdner Gerichtsarzt, hat die Angeklagte beobachtet. Sie ist voll verantwortlich zu machen, ein geistiger Defekt war nicht festzustellen, sie sei nicht erblich belastet, eine Bewußtseinstrübung lag nicht vor.

Staatsanwalt Dr. Hübner führte in der Anklagerede aus, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Tat ganz bestialisch durchgeführt worden ist. Es seien grauenvolle, abstoßende Einzelheiten zutage getreten, die Tat sei roh und herzlos, mit seltener Kaltblütigkeit verübt worden, für das Gericht gelte es nur zu prüfen, ob das schwere Verbrechen mit oder ohne Ueberlegung begangen worden ist. Die Angeklagte war damals 16 Jahre alt, der § 57 komme mit in Anwendung.

Das Gericht erkannte wegen vorsätzlicher Kindestötung nach § 212 in Verbindung mit § 57 des Reichsstrafgesetzbuches auf sechs Jahre Gefängnis. Nur die große Jugend war bestimmend, daß nicht eine weit höhere Strafe ausgeworfen wurde.

Unbegründeter Giftmordverdacht

Im Grundstück Münzgasse 6 war am Montag die Schlosserehefrau Hehn plötzlich verstorben. Da die Eheleute mehrfach Streit gehabt, und ein solcher erst wenige Tage zuvor stattgefunden hat, so entstand der dringende Verdacht, Frau Hehn sei von ihrem Manne vergiftet worden. Der Leichnam wurde daraufhin behördlich beschlagnahmt und zur Sektion nach dem Landgerichtsgebäude am Münchner Platz gebracht. Am Mittwoch nachmittag wurde durch den Dresdner Gerichtsarzt Dr. Oppe die Leichenöffnung vorgenommen. Zu dieser war auch der in Verdacht geratene Gatte vorgeführt und der Leiche gegenübergestellt worden. Schlosser Hehn bestritt von Anfang an, den plötzlichen Tod seiner in den fünfziger Jahren stehenden Frau verursacht zu haben. Der Sektionsbefund war auch ein ganz überraschender. Die Frau ist einer Darmverschlingung erlegen, die durch eine frühere Operation entstanden ist. Nicht weniger wie zweiundeinhalb Meter Darm waren dadurch bereits in Fäulnis übergegangen, wodurch der Tod eintreten mußte. Allem Anscheine nach hat Frau Hehn schon lange Zeit ein schweres inneres Leiden mit sich herumgeschleppt, Frau Hehn dürfte durch die schweren inneren Darmschäden sicherlich oft recht große Schmerzen gehabt und dadurch oft in gereizter Stimmung gewesen sein. In diesem Zustande wurde sie dann vermutlich als der zänkische schuldige Teil angesehen. Auch die Hausbewohner haben die Frau oft als grillige Person bezeichnet. Das Gerücht von einem Verbrechen fand besonders auch mit dadurch Nahrung, weil im Nachbarhause der Arbeiter Krause bekanntlich Anfang Mai seine Frau mit einer Axt erschlagen und dieses Verbrechen dann zu verheimlichen versucht hatte.

Die überfüllten Vorortzüge. Schon seit Wochen sind die Abteile der 4. Wagenklasse in den Vorortzügen so überfüllt, daß der Aufenthalt darin kaum noch menschlich genannt werden kann. Die Fahrgäste sind meist so zusammengepreßt, daß sie oft unwohl werden. Man ist verwundert darüber, daß die Betriebsdirektion nicht mehr Wagen 4. Klasse in die Züge einreiht. Es scheint doch an der nötigen Organisation zu fehlen. Hinzu kommt, daß vor dem 1. Juli jetzt jeder seine Geschäftstour noch erledigt, ehe der hohe Tarif in Kraft tritt.

Erhöhung der Fernsprechgebühren. Die Fernsprechgebühren werden vom 1. Juli an gleichmäßig auf das Fünffache der jetzigen Beträge festgesetzt. Künftig beträgt u. a. die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle aus 150 M., von einer öffentlichen Sprechstelle aus 300 M. und die Gebühr für ein nichtdringendes Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer im Vorortsverkehr 450 M. Die Teilnehmer können ihre Einrichtungen aus Anlaß der Gebührenerhöhung auf den 30. Juni kündigen.

Die Unterstützungssätze des Fürsorgeamtes sind vom Rate um rund 100 Prozent erhöht worden. Es entsteht hierdurch ein Mehraufwand von 1430 Millionen Mark. Durch höhere Unterstützung der Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung und der Kleinrentner wird ein Mehraufwand von 1166½ und 300 Millionen Mark entstehen. Der Rat hat auch diese unter Ueberschreitung der im Haushaltplan vorgesehenen Mittel bewilligt.

Besoldung der städtischen Beamten. Die vom 1. Juli 1923 an neu zu regelnden Dienstbezüge der besoldeten Ratsmitglieder, Beamten und Angestellten wurden vom Rat nach den Vorgängen bei Reich und Staat festgestellt. Entsprechend wurden die Dienstaufwandsentschädigungen für die unbesoldeten Ratsmitglieder und die Stadtverordneten und die Tagegeldsätze für Dienstreisen neu festgesetzt.

Straßenbahnlinie A. Die auf die Dauer der Jahresschau eingerichtete Straßenbahnlinie Neustädter Bahnhof—Sachsenplatz—Johann-Georgen-Allee (Ausstellungsgebäude) wird durch ein A auf den Nummernscheiben der Triebwagen gekennzeichnet. Da es sich um eine Ein-Mann-Linie handelt, haben die Scheiben außerdem einen roten Querstrich.

Erhöhung der Preise in den Volksbädern. Vom 1. Juli an gelten bei den städtischen Volksbädern folgende Preise: für ein Wannenbad 2000 M., für ein Brausebad 600 M., für ein Schwimmbad an Erwachsene 2000 M., für ein Schwimmbad an Schüler (15 bis 17 Jahre) 600 M. und für ein Schwimmbad an Kinder bis zu 14 Jahren 400 M.

In den U.-T.-Lichtspielen wird der deutsche Film Dr. Mabuse, der Spieler nochmals gezeigt und gelangt ab 6. Juli zur Vorführung.

Ueberhängende Zweige aus Gärten stören in den Gartenstraßen die Fußgänger oft erheblich, und bei Regenwetter überschütten sie den Passanten, der daranstößt, oft mit einem starken Guß. Der Krieg hat auch in dieser Beziehung eine große Nachlässigkeit aufkommen lassen. Der Rat müßte auf alle Fälle einmal die Gartenbesitzer zum ordnungsmäßen Beschneiden ihrer Bäume und Sträucher anhalten, wie das in den Vororten geschieht.

Dresdner Umgebung

Dölzschen-Roßthal. Unterm 1. Juli 1923 wird die vormalige Gemeinde Roßthal, einschließlich der Ortsteile Neuimptsch und Jochhöh, dem Standesamt Dölzschen angegliedert. Das Standesamt Pesterwitz bleibt nur für Ausstellung der Urkunden von denjenigen Fällen zuständig, die bis 30. Juni 1923 bei diesem Standesamt beurkundet sind.

Coschütz. Der neugewählte Elternrat trat am 21. Juni zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dem Elternrat gehören die Genossen Hölzel, Horn, Mühle, Lohse, Storl, Heymann, Rüdiger, Seiferth, Richter und Genossin Rießner an. Von kirchlicher Seite sind gewählt die Herren Frenzel, Schneider, Lindemann, Blaschke und Frau Schwarze. Genosse Franz Hölzel wurde einstimmig als Obmann gewählt. Als Stellvertreter wurde Genosse Seiferth und als Schriftführer Genosse Lohse bestimmt. Einen geschäftsführenden Ausschuß einzusetzen, wurde abgelehnt. Sodann wurde beschlossen, in der Abortangelegenheit nochmals eine Eingabe an den Rat und die Stadtverordneten zu Dresden zu richten. — In der nächsten Sitzung soll ein Vortrag über den Gesundheitszustand der Kinder entgegengenommen werden. Auch wurde besprochen, ob es möglich sei, daß während der großen Schulferien sich einige Coschützer Lehrer zu Ferienwanderungen für die Kinder zur Verfügung stellen können. Allseitig war man der Meinung, daß es für unsre Kinder von großem Vorteil sei, wenn sie dadurch von den Einflüssen der Straße etwas ferngehalten würden und es wurde der dringende Wunsch an die Lehrerschaft gerichtet, diese Angelegenheit im Lehrerkollegium wohlwollend zu behandeln.

Werbitz. Nach Erbrechen des Vorlegeschlosses wurden aus dem auf Brabschützer Flur gelegenen Gemeinde-Wasserpumphäuschen gestohlen: 1 Boschmagnet mit Zündkerze gez. „Bosch" D. R. P. 16 II—X, 1 Messingstoßventil, 1 etwa 50 Zentimeter langes, 8 Millimeter weites Messingrohr mit Hahn, 1 Messinghahn, 15 Millimeter, und 1 dergleichen mit 18 Millimeter Rohrweite, beide von der Kühlleitung, und 1 etwa 3 Zentimeter hoher und 2 Zentimeter breiter Benzinbehälter aus Zinkblech. Vor Ankauf wird gewarnt. Bei Angebot bittet die Gendarmerie um Mitteilung. Die Räuber öffentlichen, dem allgemeinen Nutzen dienenden Eigentums müßten ganz besonders hoch bestraft werden, denn es kann durch ihr Gebaren großes Unheil angerichtet werden.

Omsewitz. Die Preisprüfungsstelle hat folgende Milchhöchstpreise festgesetzt: für 1 Liter Vollmilch ab Stall an die Verbraucher 1050 M., für 1 Liter Butter- oder Magermilch ab Stall 580 M., für 1 Liter Vollmilch ab Händler 1060 M. und für 1 Liter Buttermilch ab Händler 585 M.

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk

Gruppen 1 bis 6 und Waldschlößchen. Freitag 7½ Uhr, spricht im Jugendheim Genosse Wagner über Bodenreform.

Bezirk Pieschen. Freitag, 8 Uhr, in Richters Restaurant Bericht von der Ostsachsenkonferenz.

Bezirk Mickten. Freitag, 7½ Uhr, im Ratskeller, Trachau, Mitgliederversammlung. Berichterstattung von der Ostsachsenkonferenz. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen, da die nötigen Arbeiten für das Volksfest vergeben werden müssen.

Bezirk Trachenberge. Freitag, 8 Uhr, berichtet im Vergißmeinnicht Genosse Ebert von der Ostsachsenkonferenz.

Bezirk Trachenberge. Zur Sonnwendfeier ist nachzutragen, daß der gesangliche Teil nicht vom Eichebachschen Männerchor, sondern vom Vereinigten Männerchor, Dresden-N. ausgeführt wurde.

6. Unterbezirk

Striesen 2. Welche Gruppe oder welcher Genosse kann uns Liederbücher mit Noten für sozialistischen Unterhaltungsabend geeignet, überlassen? Gegebenenfalls genügt ein Exemplar. Mitteilung erbeten an R. Biebrach, Dresden 19, Arnstädtstraße 5.

Jungsozialisten Naußlitz-Gorbitz. Morgen Freitag, pünktlich 7 Uhr, im Jugendheim, Pietzschstr. 9, Hth., Mitgliederversammlung.

Gruppe Briesnitz-Leutewitz. Sonnabend, 8 Uhr, im Gasthof Leutewitz Verwaltungssitzung. — Die Bibliothek befindet sich ab 1. Juli in der Privatwohnung des Genossen Unger, Briesnitz, Leutewitzer Str. 1, 1. Ausgabe Sonntags, vorm. von 10 bis 12 Uhr.

Bezirk Saubergast. Morgen Freitag, 7½ Uhr, Versammlung im Jugendheim. Vortrag des Genossen Robert Fischer, Dresden, über wirtschaftliche Tagesfragen.

Bezirk Leuben, Niederschlitz, Dobritz. In der letzten Bezirksversammlung gab Genosse Schulze einen sehr interessanten Bericht von Hamburg, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Aussprache wurde bedauert, daß leider keine einheitliche Internationale zustande gekommen ist, da die 3. Internationale noch für sich besteht, wir wollen aber hoffen, daß die Einigung noch kommt. — Der Ueberschuß von der Maifeier ist an alle beteiligten Schulen zur Förderung der weltlichen Schule verteilt worden. Von der Zeitung wurde verlangt, daß sie auch freigeistige Artikel und nicht nur solche der religiösen Sozialisten bringt, da man durch letztere das, was auf der einen Seite aufgebaut wird, auf der andern wieder einreißt. — Als Jugendbeirat wurde der Genosse Dentschel vorgesehen. Für den 28. Juli ist eine Abendwanderung nach Gasthof Reitz angesetzt.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Proletarische Freidenker, Bezirk III, Löbtau, Naußlitz, Gorbitz. Auf zum Naturfest! Sonntag den 1. Juli im Steiner, Potschappel. Feiern mit Musik. Stellen 12½ Uhr am Nossen-Wallroth-Platz, Abmarsch 1 Uhr. Naußlitz und Gorbitz stellen 12 Uhr Merbeystraße. Kinder in Blumenschmuck erscheinen. Fackeln mitbringen. Programme bei den Funktionären und am Festplatz. Fackelverkauf auf dem Festplatz. Bei schlechtem Wetter wird das Fest verschoben. Die Programme behalten Gültigkeit.
b 178) Der Aktionsausschuß.

Mieterverein Dippoldiswalde und Umgegend. Sonnabend den 30. Juni nachmittags 4—5 Uhr, Sprechstunde im Badehotel.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Dresden. Für die Bezirksjugendfeier, die am 31. Oktober im Albert-Theater in Dresden-Neustadt stattfindet, wollen die Gruppenleitungen über Beteiligung und Aufführungen in den Gruppenzusammenkünften Aussprache halten und das Resultat bis zur nächsten Bezirkssitzung mitbringen. — Dresden-Süd. 30. Juni Wanderabend (mit Marschmusik) nach der Goldenen Höhe, Abmarsch 6 Uhr vom Ratskeller in Katz. — Striesen. Kinderabteilung. Sonntag den 1. Juli Kreiskinderturnen auf dem Sportplatz in Reick. Stellen mittags 1 Uhr auf dem Altenberger Platz. — Niedersedlitz. 30. Juni Abendwanderung. Abmarsch 6½ Uhr vom Bahnhof Niedersedlitz. — Löbtau. Raffballspieler. 30. Juni, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Poststraße 15, Versammlung.

Fußballspiele am 1. Juli: 2 Uhr Klotzsche 1 Jug. — Bühnitz 1 Jug.; 3 Uhr Klotzsche 2 — Bühnitz 2; 5½ Uhr Klotzsche 1 — Bühnitz 1. — **Fußballresultate.** Neustadt 1 — Potschappel 1 [illegible], Neustadt 1 — Radeberg 1 0:0, Neustadt 2 — Burkigt 1 3:3, Neustadt 3 — Cotta 3 5:1, Neustadt 4 — Radebeul 3 4:5, Neustadt 1 Jug. — Radebeul 1 Jug. 1:0.

Arbeiter-Radfahrerbund. Im 10-Kilometer-Wettfahren war 1. Gen. Aurich (17 Min. 16 Sek.), ihm folgte Meberupt (18 Min.), Förster (19 Min. 20 Sek.), Richter (19 Min. 40 Sek.). Anfangs- und Wettbewerb im Langsamfahren, dazu hatten sich 18 Genossen und Genossinnen gemeldet. Die Strecke betrug 100 Meter. 1. war Alfred Röthing, Kadiz, 2. Fritz Forster, Kadiz, 3. Augustin, Neustadt. — Ortsgruppe Hosterwitz. 29. Juni Versammlung (Arbeitsverteilung zur Werbefahrt). 8. Juli, nachmittags 3/4 9 Uhr, Sternfahrt, Wertungsreigenfahren für Ger-Reigen. Meldungen bis 30. Juni an Findeisen, Niederporitz 43.

Arbeiter-Mandolinisten. Harmonie, Neustadt. 30. Juni, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung, Johann-Meyer-Tunnel.

Die Vertrauensmänner-Konferenz des Touristenvereins Die Naturfreunde im Freistaate Sachsen fand am 23. und 24. Juni im Volkshaus zu Dresden statt und war von 33 Delegierten besucht. Gauobmann Frank, Dresden, gab im Geschäftsbericht ein erfreuliches Bild von dem Wachstum der Bewegung. Im Jahre 1919 bestanden 21 Ortsgruppen mit 2133 Mitgliedern, Mitte 1923 90 Ortsgruppen mit rund 14 000 Mitgliedern. Die Statistik für Wanderungen, Vorträge, Exkursionen usw. weist eine bedeutende Aufwärtsbewegung gegenüber dem vergangenen Jahre auf. Die Ferien- und Unterkunftshäuser beginnen sich über ganz Sachsen auszubreiten, verschiedene geplante Unternehmungen sind in Angriff genommen bzw. werden in diesem Jahre noch eröffnet. Erwähnenswert ist, daß in Sachsen strikte durchgeführt ist, daß jedes Mitglied freigewerkschaftlich und nur linkssozialistisch organisiert ist; kein Mitglied darf einem bürgerlichen Verein angehören. Die Beteiligung am Reichsarbeitersporttag, Naturfreundetag usw. war eine rege. Der Kassen- und Gaudepot-Bericht weist den jetzigen Geldverhältnissen entsprechende Ziffern auf. Das Gau- wie Bezirksdepot hat sich gut bewährt. Die Gauleitung wurde einstimmig entlastet. Angenommen wurde der Entwurf über den Ausbau der Bezirksleitungen, wovon ein ersprießlicher Erfolg für die Arbeiterwanderbewegung erwartet wird. Der Gaubeitrag wurde für 1924 auf 1000 Mark festgesetzt, wovon 500 M. für den Hüttenbau Verwendung finden. Zu den 196 Anträgen zur Hauptversammlung des Gesamtvereins in Leipzig wurde Stellung genommen. Davon sind besonders hervorzuheben: Stellungnahme zu bürgerlichen Verbänden, Wir und die Arbeiterbewegung, Wir und die Jugend, Touristik und Sport, Unterkunftshäuser und Alkoholfrage usw. Bei den stattgefundenen Wahlen der sächsischen Vertreter zur Hauptversammlung wurden Frank, Hempel, Kohl, Dresden, Steinbach, Chemnitz, Steidl, Radeberg, und Kurth, Leipzig, gewählt. Das Mitteilungsblatt Der Wanderer soll als Gaumitteilungsblatt erscheinen, wenn eine gewählte Kommission die Grundlagen dazu geschaffen hat. Bei der Neuwahl wurde die gesamte Gauleitung einstimmig wiedergewählt. Die Tagung war von Sachlichkeit getragen und mit dem Wunsche auf fruchtbare weitere Arbeit wurde die Vertrauensmänner-Konferenz geschlossen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Jugendchor. Sonnabend, nachmittags 4¼ Uhr, Treffen Hauptbahnhof, Kuppelhalle, zur Fahrt nach Niederhohbrisch. Decken mitbringen, da möglicherweise Massenquartiere bezogen werden müssen.

Wettervorhersage für den 29. Juni

Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Wolkig, nur zeitweise heiter, langsam fortschreitende Erwärmung, schwache westliche Winde.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	26.	27.		Meßort	26.	27.
Moldau	Budweis	— 14	— 10	Elbe	Brandeis	+ 74	+ 69
Moldau	Modran	+ 40	+ 24		Melnik	+ 97	+ 88
Iser	Jungbunzlau	+ 15	+ 18		Leitmeritz	+ 114	+ 94
Eger	Laun	+ 52	+ 41		Aussig	+ 108	+ 91
Elbe	Pardubitz	— 28	— 35		Dresden	— 40	— 40

Kuronen u. Goldbrüstel

muß heute jeder schonen, der im Daseinskampfe bestehen will. Sie können beides, wenn Sie Continental-Sohlen und -Absätze tragen statt des teueren Leders. Aber wählen Sie ausdrücklich

Continental
Sohlen u. Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230628/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verbandstag der Holzarbeiter

III

Am Donnerstag morgen wurde zunächst die am Mittwoch abgebrochene Aussprache über die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes fortgesetzt. Im großen und ganzen kam die gleiche Uebereinstimmung mit der Auffassung des Verbandsvorstandes zum Ausdruck wie tags zuvor. In der Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen und Anträge wurde zunächst nachstehende Resolution der Vorberatungskommission angenommen:

„Der Verbandstag billigt die Tätigkeit des Verbandsvorstandes auf dem Gebiete der Lohn- und Vertragsbewegung einschließlich seiner Stellungnahme bei den Verhandlungen über die Lehrlingsordnung für das deutsche Holzgewerbe.

Der Verbandstag fordert von der Reichsregierung dringend eine baldige gesetzliche Neuregelung des Lehrlingswesens. Inzwischen sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses im Gewerbe nach Kräften zu fördern und die Lehrlinge vor Ausbeutung zu schützen.

Der Verbandsvorstand wird ermächtigt, die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden und mit dem Handwerks- und Gewerbekammertag fortzusetzen und auf eine rasche Fertigstellung der Lehrlingsordnung zu dringen."

Angenommen wurde ferner ein Antrag, die Löhne der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren ebenfalls tariflich festzulegen, außerdem eine weitere Entschließung der Vorberatungskommission, nach der die qualifizierten Maschinenarbeiter entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Anspruch auf einen höheren als den tariflichen Durchschnittslohn haben. In Betrieben, wo die Belegschaften in Akkord arbeiten, soll den Maschinenarbeitern ein Akkordausgleich gewährt werden. Die weiteren zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge, meist taktischer Natur, werden teils angenommen, teils abgelehnt und teils dem Verbandsvorstand zur Erledigung überwiesen. Besonders hervorzuheben ist folgender Antrag:

„Beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist für die Errichtung einer **Zentralstelle für Lohnfragen** einzutreten, deren Aufgabe es sein soll, statistisches Material zu sammeln und zu sichten und den einzelnen Lohn- und Wirtschaftsbezirken im Reiche Direktiven und Anweisungen zu übermitteln, damit eine größere Einheitlichkeit in der Lohnbewegung erzielt wird."

Sodann verhandelt der Verbandstag über die **Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß**. Ferner liegt zu diesem Punkt folgende Entschließung der Vorberatungskommission vor:

„Der Verbandstag spricht sich für eine stärkere Konzentration der Gewerkschaftsbewegung in der Richtung aus, daß die Verbindung der Gewerkschaften im Rahmen des A. D. G. B. fester wird, die Organisation und die Einrichtung des A. D. G. B. weiter ausgebaut werden und nach Möglichkeit eine Vereinheitlichung der Organisationseinrichtungen bei den angeschlossenen Verbänden angestrebt wird.

Der Verbandstag stimmt den im A. D. G. B. beschlossenen Regeln für die Führung von Lohnbewegungen in der Voraussetzung zu, daß sie von allen dem A. D. G. B. angehörenden Verbänden anerkannt werden.

In bezug auf die Abänderung der Organisationsformen billigt der Verbandstag die vom Vorstand bisher eingenommene Haltung und beauftragt diesen, im gleichen Sinne an den weiteren Beratungen im A. D. G. B. teilzunehmen."

In der Nachmittagssitzung bewegte sich die Beratung fast ausschließlich um die Frage der **Organisationsform**. Verschiedene Redner traten für die Industrieorganisation ein, andre für die berufliche Organisation. Im Verlaufe der Aussprache ergriff auch Graßmann als Vertreter des A. D. G. B. das Wort, um den Standpunkt des Bundesvorstandes, der den gemeinsamen Beruf als das primäre Bindemittel der Gewerkschaftsorganisation bezeichnet, darzulegen. In der dann folgenden Abstimmung wurde die Resolution der Vorberatungskommission unter Ablehnung eines kommunistischen Abänderungsantrages gegen wenige Stimmen angenommen.

Dann trat der Verbandstag in die Beratung über das **neue Arbeitsrecht** ein, worüber Karl Jahn (Vorstand) referierte. Seine Ausführungen sind zusammengefaßt in einer Resolution, in der der Verbandstag von der Reichsregierung und den gesetzgebenden Körperschaften die beschleunigte Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts fordert. Das Betriebsrätegesetz und das Arbeitsnachweisgesetz seien dringend revisionsbedürftig. Das Arbeitsnachweisgesetz bringe nicht den von jeher von der Arbeiterschaft geforderten Benutzungs- und Meldezwang; in dem von der Regierung vorgelegten Arbeitszeitgesetz werde der Achtstundentag durch Ausnahmen so durchlöchert, daß die Ausnahmen zur Regel würden. Der vorliegende Entwurf zu einer Reichsschlichtungsordnung sei geeignet, durch die vorgesehenen Zwangseingriffe das Koalitionsrecht zu unterbinden. Die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts erfordere die Errichtung von besonderen Arbeitsbehörden. Mit der Diskussion über diese Resolution und ihrer Annahme fand der vierte Verhandlungstag seinen Abschluß.

Am **fünften Verhandlungstag** wurde zunächst der **Bericht der Beschwerdekommission** erledigt. Der Vorstand wurde auch weiterhin verpflichtet, bei wilden Streiks grundsätzlich die Unterstützung zu verweigern. Dann hielt Tarnow ein großangelegtes Referat über „**Wirtschaftliche Streitfragen**". Den Inhalt seiner Ausführungen legte Tarnow dem Verbandstag in einer Resolution vor.

Darin wird u. a. scharfe Verwahrung eingelegt gegen die demagogische Absicht der besitzenden Klasse, den Achtstundentag als die Ursache des wirtschaftlichen Verfalls zu bezeichnen und die wahre Schuld neben den Auswirkungen der Reparationsmaßnahmen vielmehr der schrankenlosen Gewinn- und Spekulationssucht der besitzenden Klasse, deren schamloser Steuerdefraudation, der wucherischen Preisdiktatur der Kartelle und der Vernachlässigung des technischen Produktionsapparates zugeschoben. Demgegenüber fordert der Verbandstag eine produktive Wirtschaftspolitik: Verbesserung der Produktionstechnik, öffentliche Kontrolle der Kartelle und Monopole, Beseitigung der übermäßigen Unternehmer-, Handels- und Spekulationsgewinne u. a. m. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, auf eine Diskussion zu diesem Thema zu verzichten, und mit ebenfalls großer Mehrheit wurde die Resolution Tarnows angenommen. Von dem Referat Tarnows wird ein Sonderabdruck herausgegeben werden.

Bei der Wahl der Beisitzer zum Vorstand und zum Ausschuß wurden für die Liste Amsterdam 161, für die Liste Moskau 34 Stimmen abgegeben.

In der Nachmittagssitzung wurden bei der Beratung der Statuten und Anträge die vom Verbandsvorstand und Ausschuß beschlossenen Statutenänderungen bestätigt. Anträge auf Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung wurden dem Vorstand überwiesen. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag wurde dem Verbandsvorstand überlassen. Damit fand der fünfte Verhandlungstag seinen Abschluß.

In der Sonnabend-Schlußsitzung des Verbandstages erfolgte nur noch die Abstimmung über Anträge. Soweit sie angenommen wurden, liegen sie innerhalb des Rahmens, der durch die vorausgegangenen Beratungen festgelegt worden war. Nachdem die Tagesordnung des Verbandstages erschöpft war, schloß der Verbandsvorsitzende Tarnow diesen mit Worten des Dankes an die Delegierten für ihre freudige Mitarbeit. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gegensätze innerhalb des Verbandes bald ganz überbrückt werden. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Verband schloß die Tagung.

Gewerkschaftsbewegung

Der B. A. D. zur Besoldungsfrage

Der Vorstand des **Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes** hat nach Beratung der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft und deren Entwicklung beschlossen:

1. Der seit Jahren vorhandenen, in der letzten Zeit ganz besonders rapid vor sich gehenden Geldentwertung und der damit verbundenen ungeheuren Preissteigerung ist das Beamteneinkommen zeitlich und quantitativ nicht genügend angepaßt worden und dadurch dauernd in seinem Realwert gesunken. Dieser ist zur Zeit auf einem derartigen Tiefstand angelangt, daß daraus nicht nur eine ernstliche Gefahr für die Erhaltung des Beamtentums, sondern auch für das Staatswohl entsteht. Um die dringend notwendige Anbahnung einer Hebung der Kaufkraft des Beamteneinkommens herbeiführen zu können, ist zunächst deren Erhaltung und Schutz vor weiterem Herabgleiten erforderlich.

2. Weite Kreise der deutschen Wirtschaft sind längst dazu übergegangen, anstatt mit der entwerteten Papiermark mit beständigen Wertmessern zu rechnen. Diese einseitige Flucht aus der Mark mit ihren Begleiterscheinungen und Folgen hat nicht nur die Verelendung der Nichtbesitzenden beschleunigt, sondern auch die Finanzwirtschaft des Staates, der fast allein noch an der Papiermarkrechnung festhält, fast vollständig ausgehöhlt. Beide Mißstände müssen daher auch mit demselben Mittel bekämpft werden.

3. Dies hat zu bestehen:

a) für die Beamtenbesoldung durch eine wirtschaftliche und zeitlich rasche Anpassung an die Geldentwertung, d. h. durch automatische Veränderung der nominalen Papiermarkbesoldung an Hand eines in kurzem Zeitraum zu ermittelnden und zu veröffentlichenden zuverlässigen Preisindex;

b) für die Reichs- und Staatsfinanzen ebenfalls durch automatische Veränderung der Nominalhöhe auch der Besitzsteuern, die sich der Geldentwertung ebenso anzupassen haben wie die von den Arbeitnehmern und Beamten entrichteten direkten und indirekten Steuern. Durch eine derart gerechtere Verteilung der Inflationssteuer, die heute ausschließlich von den nichtbesitzenden Schichten des Volkes getragen wird, wird gleichzeitig auch der Inflation selbst wesentlich gesteuert.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fordert von der Reichsregierung die alsbaldige Durchführung der wirtschaftlichen Geldentwertungsanpassung des Beamteneinkommens und wird sich gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund für den Schutz der Arbeitskraft vor weiterer Schädigung einsetzen. Erst wenn der Schleier der Geldentwertung von der Besoldungsentwicklung der Beamtenschaft weggezogen ist, wird der Kampf um die Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus der Beamtenschaft auf klare Grundlage geführt werden können.

Oesterreichischer Gewerkschaftskongreß

Am Montag begann in **Wien** der zweite deutschösterreichische Gewerkschaftskongreß. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Berichten die wirtschaftspolitische Lage, die Sozialpolitik in Oesterreich, Organisationsfragen und die gemeinwirtschaftliche Organisation. Bei den Organisationsfragen wird es sich vor allen Dingen um die rationelle Zusammenlegung der Gewerkschaften handeln. Für das verstümmelte Oesterreich bedeutet es oft eine Vergeudung von Arbeitskraft, wenn die Berufsorganisationen in derselben Form aufrechterhalten bleiben.

Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Jahre 1922 etwas zurückgegangen. Sie betrug am Jahresschluß 1 049 949 gegen 1 079 777 Ende 1921. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosigkeit seit der Stabilisierung der Krone ständig zurückgeht. Im Jahre 1913 betrug die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder im alten Oesterreich 415 195. Ein Vergleich über die Einnahmen und Ausgaben läßt sich infolge der Geldentwertung nicht machen. Es seien nur zwei Zahlen angeführt: Im Jahre 1919 betrugen die Gesamteinnahmen über 29 Millionen Kronen, im Jahre 1922 dagegen nahezu 30 Milliarden Kronen. Hierbei sind jedoch die Einnahmen für den Widerstandsfonds, der zur Führung der Lohnbewegungen dient, nicht einbezogen. Auch die Ausgaben blieben in demselben Verhältnis.

Ausstand in der Berliner Holzindustrie

In der Berliner Holzindustrie sind die Arbeiter wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Dresden, teilt mit: Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß die ab 24. Juni gültigen Beitragsmarken nur für die 26. Beitragswoche Verwendung finden. Ab 27. Woche (1. 7.) treten neue Beiträge in Kraft. Beitrags- und Betriebskassierer müssen die neuen Beitragsmarken sofort im Bureau abholen. Wir ersuchen unsre Mitglieder dringend, die etwa noch restierenden alten Beiträge umgehend zu entrichten, da diese abgerechnet werden müssen.

Ende des schlesischen Landarbeiterstreiks. Nach einer Meldung von Wolffs Telegraphen-Bureau haben die in Breslau in den letzten Tagen geführten Verhandlungen über die Beilegung des Landarbeiterstreiks in Niederschlesien gestern zu einem einstimmig angenommenen Schiedsspruch geführt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen. Maßregelungen der Streikenden unterbleiben. Ueber die neuen Löhne wird am Sonnabend verhandelt.

Sammlung für die weltliche Schule. Für den Wahlfonds für die weltliche Schule gingen ein: Personal der Städt. Wasserwerke 30 000 M. Städt. Tiefbau 24 000 M. Arbeiterschaft des Ernemann-Werkes, Striesen, 297 150 M. Personal vom Bahnkraftwerk, Cotta, 15 000 M. Arbeiter der Firma Rümmler u. Jonas 27 300 M. Arbeiter der Buchdruckerei Münchmeyer 16 000 M. Vereinigung für die weltliche Schule, 28. Volksschule, 32 000 M. Arbeiter der Feldschlößchen-Brauerei 110 541 M. Bauarbeiter bei Baumeister Selbmann (Bau Sachsenwerk) 5500 M. Bär 5000 M. Zosmahl, Hafenarbeiter, 14 130 M. Personal der Firma Kraps u. Kuhle 63 000 M. Stadthausbau (Dyckerhoff u. Widmann und Baumeister Menschner) 55 780 M. Konsumvereinslager, Zwingerstraße, 36 200 M. Arbeiter der Firma Gebrüder Kammler 28 000 M. Arbeiter der Sächsischen Kartonnagen-A.-G. 168 800 M. Vereinigung der weltlichen Schule, 8. Volksschule, durch Hübler 76 000 M. Arbeiter der Firma Villeroy u. Boch 169 150 M. Arbeiter vom Gaswerk Neustadt 24 000 M. Klunker 5000 M. Arbeiter der Ernemann-Werke, Arsenal 391 000 M. Arbeiter vom Abstellgüterbahnhof, Altstadt, 54 202 M. Arbeiter der Firma Glaser u. Sohn 11 000 M. Arbeiter der Reichseisenbahn (Wirtschaft) 10 500 M. Vereinigung für die weltliche Schule, Johannstadt, 20., 51. und 57. Volksschule, 1. Rate, 291 860 M. Arbeiter der Möbelfabrik Türpe 23 500 M. Arbeiter vom Krankenhaus Johannstadt 27 500 M. Posthalterei Dresden-Neustadt 50 100 M. Arbeiter der Schreibmaschinenabteilung Urania von Klemens Müller 203 590 M. Sammelliste 3276 (R. Liebscher) 17 900 M. Durch Elternräte der 36. Volksschule 67 280 M. Arbeiterschaft von Seidel u. Naumann 703 320 M. Personal der Firma Heinze 18 600 M. Einige Kollegen der Grünen Polizei 8000 M. Arbeiterschaft der Firma Lasch u. Co. 57 600 M. Arbeiter des Städt. Wasserwerkes 9910 M. und 40. und 55. Volksschule durch Wiesner 11 200 M. Arbeiterschaft der Zigarettenfabrik Lande 45 750 M. Sengewitz 500 M. Die Sammlung wird fortgesetzt!

Artur Rüdiger.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Rochmann; für Sachsen: Kurt Heilbut; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Dresdner Chronik und Aus der Umgebung: Fr. Holzapfel, sämtl. in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff, für Inserate Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Komp., Dresden.

Satyrin gegen **Nervenschwäche, Erschöpfungszustände, sex. Neurasthenie** ein anregendes und kräftigendes Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg. Fachärztlich begutachtet und sehr empfohlen. Prospekte gratis. Erhältlich in **Apotheken!** — Stets vorrätig in Dresden: **Marien-, Mohren-, Reichs-, Löwen-, Storch-, Kronen-, Lindners, Amalien- und Salomonis-Apotheke.** [1477

„Fabrol" Nervenberuhigungsmittel. geg. alle Nervenerschöpfungen, Krämpfe usw. Vielf. bewährt. Aerztl. vorzügl. begutachtet. Haupt-Niederlage: **Hofapotheke, Dresden-A.**

Trompeterstraße Nr. **21** Trompeterstraße
direkt a. d. Prager Str. — 5 Min. v. Hauptbahnhof
Einkauf von **Brillanten**
Gold- u. Silber- Gegenständen und -Bruch
Zahngebissen und Leihhausscheinen
Reelle, diskr. Bedienung **Paul Wolf jr.** Luxussteuer trage ich [1338
Telephon 19412

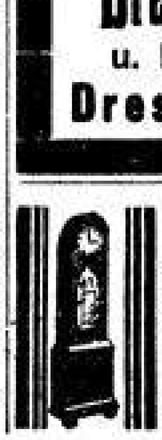
Brillanten
Goldbruch — Silberbruch — Gebisse Platin — Zähne — Uhren — Schmucksachen — Bestecke — Barren u. Doublé
kauft täglich [w8]
20 **Adolf Zimmering** 20
Pirnaische Straße 20
Strengste Diskretion — Luxussteuer fällt weg
Bester Absatz für Händler und Dentisten Goldschmiedemeister und Privat
Kaufe auch Meißner Porzellan- und Kristallware.

Metalle zum Einschmelzen
Kupfer, Messing, Rotguß, Zinn, Zink, Blei, Zinnfolie,
Kupfer-, Messing- und Rotgußspäne kauft laufend
Graf, Drehgasse 2 an der Amalienstr. Tel. 17729

Zahle für ausgekämmte **Frauenhaare** Höchstpreise. Gute Qualitäten Ueberpreise. [1685 **Fleischer, Bühlau,** Bergstraße 7.

Uhren kauft **Tesluk** Johannesstr. 13, II.

Billig und immer wieder **Billig**
verkaufen wir trotz des hohen
Dollars
Blusen, Mäntel, Röcke
Kleider, Kostüme
Herren-Mako- und Normal-Hemden
Weiße und bunte Bettbezüge
Dirndlstoffe, Blaudrucks
Schürzenstoffe, Inletts [1576
Dresdner Damen-Konfektion
u. Baumwollwaren G. m. b. H.
Dresden, Pillnitzer Straße 19.
Beachten Sie bitte unsre Schaufenster! — Beachten Sie bitte unsre Schaufenster!


Standuhren
sehr große Auswahl, besonders preiswert.
Glashütter Uhren, Armbanduhren
solide Dienstuhren, Wand- u. Küchenuhren, Schmuckwaren, Tafelbestecke
Kern
Friesengasse 1, Landhaus-, Moritzstraße.
Für Gold- u. Silbergegenstände zahle höchste Preise.

EinKasten

Köstritzer Schwarzbier
enthält mehr Nährwert, als eine Menge teurer Nährpräparate. Täglich genossen, ist Köstritzer Schwarzbier das beste Stärkungs- und Kräftigungsmittel für Gesunde und Kranke, Blutarme und stillende Mütter. Wegen der stärkenden und belebenden Wirkung von den Aerzten allgemein geschätzt und empfohlen. Als Hausgetränk sollte deshalb Köstritzer Schwarzbier in jeder Familie zu finden sein
Aufträge erbitten:
C. Roßberg, Polierstraße 10. Tel. 16698.
Schubert & Sachse, Förstereistr. 18. T. 20185
A. Bergmann, Strehlen, Residenzstraße 39. Telephon 48012.
M. Hachenberger, Markgrafenstraße 44. Telephon 27428.
Von 10 Flaschen an frei Haus [1372

Leuben. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung — Annahme von Inseraten —, Partei- und sonstige Literatur nimmt entgegen
Willi Biehle, Leuben, Bahnhofstr. 22.

Qualitätsware im Spezialgeschäft **Falkenstraße 15** Ecke Ammonstraße **Fritz Stoll.** [1673

Günstiges Angebot von **Möbeln**
Bettstellen mit Patent- und Auflagematratzen
Chaiselongue m. Plüsch.
Große Auswahl!
E. Goldhammer
Große Brüdergasse 19

Extrastarke **Dauerwäsche**
M. Weil
Schössergasse 2.

Trauringe von 4000 M. an
Uhren u. Goldwaren billigst [1539
Edmund Rudolph
Wettinerstr. 59.